N D E S R A T
des
AARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 18. Sitzung

1.Sitzungsperiode 1925.

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 31.März 1925 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3(Landwehrplatz) stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende, Mitglied Scheuer (Z.)-St.Ingbert, eröffnet um 9 Uhr 40 Minuten vorm. die Sitzung.

Von der Regierungskommission ist anwesend:

Herr Staatskommissar, Oberregierungsrat Dr.Heim.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt die Anwesenheit von 28 Mitgliedern.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Dr.v.Vopelius (DSV)-Sulzbach; Dr.Röchling (DSV)-Völklingen.

-o-

T a g e s o r d n u n g .

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Einführung der Reichsverordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919;
2) Organisation des Wohlfahrtswesens im Saargebiet;
3) Erhebung indirekter Steuern;
4) Verkehr mit Waren, die im Saargebiet und in Frankreich einer Kontrolle unterliegen.

-oOo-

Vorsitzender;

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Vorsitzender: Meine Herren! Wiederum hat ein Grubenunglück einen großen Teil der dem Bergarbeiterstande angehörenden Männer plötzlich aus dem Leben abberufen. Das Unglück geschah auf der Grube Merlenbach, die unweit der Grenze des Saargebietes liegt und die deshalb jetzt noch immer von Saargebietsbewohnern aufgesucht wurde, um Brot und Arbeit zu finden. Daher erklärt es sich auch, daß bei diesem Unglück auch eine große Zahl Saarbergleute umgekommen sind und daß dieses Unglück im Saargebiet so tiefes Mitgefühl ausgelöst hat. Ich spreche sicher im Namen aller, wenn ich allen betroffenen Familien das Mitgefühl ausspreche.

Darf ich Ihnen Kenntnis geben von folgendem Telegramm, das eingegangen ist:

" Anlässlich der furchtbaren Grubenkatastrophe in Merlenbach, die auch eine große Anzahl deutscher Brüder betroffen hat, übersende ich namens der preußischen Staatsregierung die aufrichtige Teilnahme.

M a r x , preuß.Ministerpräsident."

Meine Herren! Sie haben sich zum Zeichen des Beileids von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen!

Von der Sozialdemokratischen Fraktion sind folgende Anträge eingegangen:

a) Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, für die Hinterbliebenen der Opfer von Merlenbach 100.000.-Frcs. zu bewilligen;

b) Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, die Drittelungsgrenze in der Unfallversicherung ganz aufzuheben; des weiteren einen fiktiven Jahresarbeitsverdienst zur Berechnung der jetzt ausgezahlten Unfallrenten in Höhe von 7000.- Frcs. festzusetzen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

itzender: Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer!

fer (Z.): Meine Herren! Der Herr Präsident hat soeben den Toten der Grube Merlenbach einen ehrenden Nachruf gewidmet und gleichzeitig die Anträge bekannt gegeben, die in Verbindung mit diesen Geschehnissen entstanden sind. Nicht nur bei den Bergleuten, die in Berufsgemeinschaft mit den Opfern der schrecklichen Katastrophe stehen, ist Mitleid geboren worden, sondern in der ganzen Bevölkerung des Saargebietes, ja man kann sagen in der ganzen gesitteten Welt. Es zeigt sich immer bei Unfällen, daß die Mildtätigkeit in schönen Zügen offenbart wird. Aber dabei darf es nicht bleiben. Anläßlich der Katastrophe auf Minister Stein, die vor kurzem die Welt erschütterte, hat der Vorsitzende unserer Organisation im Deutschen Reichstag das Wort geprägt:" was nützt es, wenn wir die Toten beklagen und nicht für die Lebenden sorgen." Das gilt auch hier, meine Herren! Anläßlich von Massenunglücken im Bergbau, wird blitzlichtartig die Gefährlichkeit der Bergarbeit dargetan, wird gezeigt, daß der Bergmann tatsächlich sein Totenhemd anzieht, wenn er in der Erde Schoß hineinsteigt, um den Urstoff alles wirtschaftlichen Lebens zu heben. Darum gebührt diesem Stande die Achtung aller übrigen Stände. Das Wort müßte zur Wahrheit werden, das seinerzeit aus der Kriegsnot geboren wurde, daß der Bergmannsstand in Entlohnung und Ernährung an der Spitze marschieren sollte. Die Kriegsnöten sind verschwunden und dieses Zugeständnis ist auch verschwunden. Man merkt heute sehr wenig davon und man kann sagen, daß nicht in der richtigen Weise für die lebenden Bergleute gesorgt wird, daß nicht in der richtigen Zeit für die Hinterbliebenen der Bergleute, die auf dem Ehrenfelde der Arbeit fallen, gesorgt wird. Nicht Massenunfälle fordern die meisten Opfer, sondern Einzelunfälle. Es ist Tatsache, daß im deutschen Bergbau täglich 8 und im Saarbergbau vierteljährlich 18 Bergleute ihr Leben lassen müssen als Tribut für die Kohlen. In den letzten Tagen noch wird berichtet, daß 4 Saarbergleute in 2 Tagen dem Tod durch Einzelunfälle zum Opfer gefallen sind. Der eine war 41 Jahre im Bergbau, der andere 40 Jahre. Sie sehnten sich gewiß danach, einen sorgenfreien Lebensabend nach ihrem arbeitsreichen Leben führen zu können. Ihnen ist dies genommen worden. Sie sind gestorben im Dienste fürs Volksganze. Wie wird für die Hinterbliebenen der Bergleute gesorgt, die so auf dem Felde der Arbeit blieben ? Meine Herren! 2400.-Franken werden für die Hinterbliebenen der saarländischen Bergleute, die vor der Besitzübernahme der Gruben durch den französischen Staat, verunglückt sind, der Rentenberechnung zugrunde gelegt. Eine alleinstehende Witwe erhält nur ein Fünftel pro Jahr, eine Witwe mit drei Kindern nur drei Fünftel. Ich frage, kann damit die Not gebannt werden? Nein ! Ich frage weiter, ist es nicht Pflicht der Allgemeinheit, ist es nicht Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß den Hinterbliebenen dieser Opfer Not und Elend vom Lebensweg ferngehalten werden ?

Wie ist es mit den neuen Unfallrenten? 3600.-Franken werden der Rentenberechnung zugrunde gelegt und vom überschießenden Teil des Jahresarbeitsverdienstes ein Drittel. Auch das genügt nicht, um Not und Elend fernzuhalten. Wie ist es mit den Bergleuten, die sich mit 40 und mehr Jahren pensionieren lassen. Kümmerlich ist ihre Rente. Schon seit Jahren fordern die Gewerkschaften und der Landesrat, daß die Knappschaftsrenten aufgebessert werden sollen, gemäß dem Erträgnis der Gruben. 509 Millionen Bruttogewinn ist in 4 Jahren herausgewirtschaftet worden und die alten Bergleute müssen solange in die Grube steigen bis sie nicht mehr können, weil die Allgemeinheit und Regierungskommission nicht das aufbringen, um diesen zu geben, was ihnen zusteht. Und so müssen wir fordern, daß

<u>für</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

für die Lebenden gesorgt wird. Es nützt nicht, nur Mitleid zu bekunden. Wir fordern daher, daß die Regierungskommission einen einmaligen Betrag, wie er im Antrag enthalten ist, für die Opfer der Merlenbacher Katastrophe bereitstellt und dem Antrag betr. der Drittelungsgrenze stattgibt.

Notwendig ist auch, daß aus solchen Katastrophen die Schlußfolgerung gezogen werden muß, daß man dazu übergehen müßte, in dem Menschen Arbeiter ein Ebenbild Gottes zu sehen, und daß dieser Mensch eine unsterbliche Seele besitzt. Die schlechte Entlohnung und die schlechte Behandlung erzeugen Klassenkampf. Gute Behandlung kostet nichts. In Anbetracht dieser Katastrophe müssen wir verlangen, die praktischen Konsequensen daraus zu ziehen.

(Bravo- Rufe)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

Hoffmann (S.P.): Meine Herren! Die Wunden, die das große Unglück auf Zeche Minister Stein geschlagen hat, sind noch nicht vernarbt und schon wieder ist ein Unglück im Bergbau passiert. Der Herr Vorsitzende und mein Herr Vorredner haben darauf hingewiesen, daß wir im Saargebiet sehr viel dadurch in Mitleidenschaft gezogen sind, weil ein großer Teil der Verunglückten Mitbürger von uns und Einwohner des Saargebietes gewesen sind. Mein Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß nicht nur allein, durch die großen Katastrophen viel Opfer im Bergbau verlangt werden, sondern auch durch die täglichen Unfälle. Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß im deutschen Bergbau neben tödlichen Verletzungen noch täglich 215 schwer verletzt werden. Wieviel noch von diesen Verletzten auch schließlich noch dahin scheiden, das ist bis jetzt in der Statistik nicht gesagt Wir sehen, daß auf Zeche Minister Stein 136 brave Bergknappen, in Lothringen 54 ihr Leben ließen und diese gewaltigen Katastrophen in allen Teilen der Erde Mitleid erweckten. Wenn solches passiert und man die Tagespresse verfolgt, dann sieht man überall, wie die Lage des Bergarbeiterstandes bemitleidet und beklagt wird. Man kann sehen, wie Berichte in die Presse gesetzt werden, wie schön und wie gut, wie liebevoll für die Opfer der Arbeit gesorgt sei. So war es bei dem Unglück auf "Minister Stein ", da hat man einen offiziellen Bericht herausgegeben, die Hinterbliebenen erhalten die und die Bezüge. Man hat ein Drittel von dem, was die Leute wirklich erhalten, dazu gemacht. Das trifft auch in Merlenbach zu. Auch da gibt man der Öffentlichkeit kund, die Witwe erhält 350.-Franken monatlich, sie bekommt noch vom Arbeitgeber wenn 2 Kinder und mehr da sind, 100 Franken monatlich. Ich habe mir die Aufgabe gestellt, die nackten Tatsachen festzustellen, wie es wirklich ist. Die Witwe in Lothringen bekommt nach dem jetzigen Gesetz eine Hinterbliebenenrente, wenn der Mann 6000.-Franken verdient hat, ron monatlich 83,38 Franken.

(Zurufe: Hört, hört !)

Das ist ein großer Unterschied von dem, was der Öffentlichkeit in der Presse vorgetäuscht werden soll. Es kommt hinzu, daß in Lothringen die Knappschaftspensionen nicht neben der Unfallrente ausbezahlt werden, wie das im Saargebiet wohl ja jetzt erledigt ist. Die Witwe, deren Mann 8000.-Franken jährlich verdient hat, bezieht in Lothringen 94.40 Franken monatlich Unfallrente. Es ist noch ein weiter Gang bis man auf 350.-Franken kommt. Also, man soll der Öffentlichkeit nicht

vortäuschen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

vortäuschen, was nicht ist. Nehmen Sie zum Beispiel an, im Saargebiet würde eine solche Katastrophe entstehen. Sie wissen, wir haben auch hier ein Gebiet, das mit solchen Katastrophen schon viel zu tun hatte, ich erinnere an Reden, Kamphausen, Mathildeschacht, diese Hinterbliebenen sind im Saargebiet auch noch zu versorgen, diese erhalten jetzt sage und schreibe 37,50 Franken monatlich Unfallrente.

(Zurufe: Hört, hört !)

Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß neben diesen Hinterbliebenen, die Hinterbliebenen treten der täglich Verunglückten, deren Tod nicht so in der Tagespresse bemitleidet wird, auch diese Ärmsten der Armen haben ein Recht darauf, daß sie einigermaßen versorgt werden.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Im ersten Viertel 1924 verunglückten tödlich 17 Bergleute. Es verunglückten 403 Bergleute, die über 4 Wochen arbeitsunfähig waren. Im zweiten Viertel verunglückten 18 Bergleute tödlich und 560, die über 4 Wochen erwerbsunfähig waren. Im dritten Viertel verunglückten 19 Bergleute tödlich und 566 waren über 4 Wochen arbeitsunfähig. Der Bericht vom letzten Viertel 1924 ist noch nicht da, aber man kann feststellen, daß seit dem ersten Viertel bis zum dritten Viertel 1924, die Unfälle sich um 40 % gesteigert haben. Die Hinterbliebenen dieser Toten haben auch das Recht, daß für sie gesorgt wird. Ich habe zu betonen, daß die Witwenrenten für diejenigen, die vor dem 1. Juni 1923 verunglückt waren, 37,50 Franken monatlich beträgt. Die Witwenrente für diejenigen, die nach dem 1. Juni 1923 bis 1. Oktober 1924 verunglückt sind, sage und schreibe monatlich 60.- Franken. Nach dem 1. Oktober erhalten sie sage und schreibe 75,33 Franken im Saargebiet, wenn der Mann 6000.- Franken Jahresarbeitsverdienst hatte. Hat er 8000.- Franken Jahresarbeitsverdienst gehabt, was im Saargebiet sicher nicht sehr oft vorkommen wird, dann bezieht die Witwe 48,40 Franken. Dieser Betrag verdreifacht sich dann, wenn 2 Kinder da sind; sind aber 5 oder 6 und mehr Kinder da, wird der Betrag auch nur verdreifacht. Ich betone, daß es vor allen Dingen die Pflicht des Staates ist, daß die Angehörigen der Opfer der Arbeit etwas erhalten. Im Saargebiet werden die Knappschaftspensionen neben der Unfallrente ausgezahlt. Diese beträgt für eine Witwe, deren Mann 20 Jahre seine Beiträge geleistet hat, monatlich 47,70 Franken. Wenn Sie betrachten, daß eine Witwe, deren Mann in Reden seinerzeit umgekommen ist, sich mit monatlich 85,20 Franken durchschlagen muß, so sind das haarsträubende Zustände und ich glaube, daß jetzt diese Katastrophe doch mehr Einsehen in die maßgebenden Stellen bringt, daß etwas geschieht und für die Hinterbliebenen der Opfer der Arbeit gesorgt wird. Deswegen haben wir die Anträge gerade am heutigen Tage gestellt, obwohl sie ja schon öfters gestellt waren. Wir haben sie aber heute wieder gestellt, weil wir glaubten, daß der Eindruck viel größer sein wird, als sonst in normalen Zeiten. Ich erwarte, daß der Landesrat einstimmig diese Anträge der Regierungskommission zuleitet, damit in dieser Frage etwas durchgreifendes geschieht.

Auf die anderen Fragen will ich nicht weiter eingehen, aber es wäre auch Pflicht der Regierungen und maßgebenden Stellen dafür zu sorgen, daß, solange der Bergmannsberuf da ist, diese Leute an erster Stelle in der Lohnfrage stehen,

(Zurufe: Sehr richtig !)

und daß man in der Behandlung viel anständiger vorgeht und

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

und man viel mehr an den Ausbau des Arbeitsrechtes denkt wie bisher.

(Bravo- Rufe !)

tzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

ard (K.P.): Meine Herren! Ich selbst habe die schreckliche Katastrophe in meinem Gebiet mit erlebt. Ich habe alle Kundgebungen gesehen und festgestellt, daß dieses Unglück kein Unglück ist, sondern ein Mord. Die 80 Kameraden, die geopfert wurden, sind von dem Molloch, dem Kapital gemordet worden, denn keine Sicherheitsmaßnahmen sind eingehalten worden.

(Zurufe : Hört, hört !)

Dem Unternehmertum gilt das Leben eines Bergmanns weniger wie das Leben eines Hundes. Wir verlangen die Bestrafung der Mörder. Wir haben ein Recht dazu, denn länger wie eine Viertelstunde lag der Förderkorb schon im Schachtsumpf, da erfuhren erst die Ingenieure im Maschinenraum, daß überhaupt Menschen auf dem Förderkorb waren.

(Zurufe: Hört, hört !)

Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Ingenieure mit Stoppuhren in der Hand den Maschinist beobachten, um schneller immer schneller die Seilfahrt zu gestalten. Bekanntlich liegen die Dinge im Bergbau so, daß das Unternehmertum die Beförderung von Personen als verlorene Zeit betrachtet. Es will diese Zeit auf ein Minimum herabdrücken. Während früher eine Zeit von 4 Sekundenmeter gesetzlich war, ist sie erhöht worden auf 10 Sekundenmeter und dies war den Herrschaften noch viel zu langsam. Die Menschen sollen einfach hinabgeworfen werden.

Wie ist es möglich, daß ein beladener Förderkorb in die Tiefe stürzt, ohne das zu wissen ? Wie ist es möglich, daß dieser Förderkorb mit Seil in die Tiefe stürzt. Das Seil war kein morsches Seil, sondern der Schachtkorb stürzte mit Seil in die Tiefe, die Trommel rollte sich ab und durch das Gewicht und des ungeheueren Ruckes mußte das Seil abreißen.

Die Beerdigung von gestern trug einen internationalen Charakter, weil das Unglück auch ein internationaler Mord ist. Und es hat nicht viel gefehlt, dann wären die Kameraden zur Selbsthilfe geschritten. Wie sieht es im Saargebiet auf den Gruben aus? Es soll mich nicht wundern, wenn wieder eine Kunde kommt, daß so und soviele brave Kameraden ihr Leben lassen mußten. Die Profitsucht kennt keine Grenzen mehr. In dem Antreibersystem hat man ein System geschaffen, raffiniert ausgedacht, den Bergmann zu zwingen, sich selbst umzubringen. Wir stellen fest, daß der Bergmann auf Grund des Antreibersystems gezwungen wird, die Sicherheitsmaßnahmen außer Acht zu lassen und wir verlangen, daß diese Zustände beseitigt werden. Wir verlangen die Einstellung von Sicherheitsmännern, die von der Regierungskommission bezahlt werden, die vollständig frei und unabhängig von der Grubenverwaltung sind und das Recht haben müssen, ungehindert Feststellungen zu machen, wenn Gefahren drohen, den Betrieb stillzulegen. Der Bergmann hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß sein Leben gesichert wird. Wenn ich darauf eingehe, daß heute bei derartigen Unglücken momentan die Menschen, ganz gleich, welchen Berufen sie angehören, von einer derartigen Kunde erschüttert sind, so muß

ich

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

ich darauf hinweisen, daß zehnmal mehr Bergleute auf dem Schlachtfeld der Arbeit geopfert werden durch Einzelunfälle. Die Versicherung, die für diese Kameraden besteht, ist ein Hohn im heutigen Jahrhundert, das ist eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Es ist Zeit, daß eingegriffen wird. Wohl verlangen auch wir, daß die Regierung und die maßgebenden Instanzen Summen zur Verfügung stellen, um das Leben der Hinterbliebenen erträglich zu gestalten, aber darüber hinaus verlangen wir, daß die Versicherung so gestellt wird, daß die Hinterbliebenen den vollen Verdienst ihres Ernährers erhalten.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Niemand ist imstande, den Frauen und Kindern, den Vater, Bruder oder Sohn zurückzugeben, mit keinem Geld der Welt kann man sie wieder zum Leben erwecken. Der Bergmann steht im Dienste der Allgemeinheit, er fällt im Dienste für die Allgemeinheit und deshalb ist diese auch verpflichtet, für ihn einzutreten.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Wenn Sie gestern Augenzeugen der herzzerreißenden Szenen gewesen wären, wo Frauen und Kinder, die ihre Angehörigen gesund zur Arbeit gehen sahen, sie zurückbekommen in verschlossenen Kisten und Särgen, die vernietet waren. Sie konnten ihre Angehörigen nicht mehr sehen, ja, ich behaupte, daß sich ihre Angehörigen nicht in den richtigen zugeseilten Särgen befanden. Schrecklich, schrecklich waren die Toten zugerichtet.

Ich muß noch eine andere Frage anschneiden und verlange von der Regierung, daß sie schleunigst geregelt wird. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß den Arbeitern, die im Saargebiet wohnen und in Lothringen zur Arbeit gehen, gleiches Recht an der lothringischen Versicherung gewährt werden muß. Die Regierung hat nach dem Versailler Vertrag die Pflicht, für diese Leute einzutreten. Sie erklärt immer keinen Einfluß auf die Lothringer Unternehmer zu haben. Dies lassen wir nicht gelten, da uns der Völklinger Streit gezeigt hat, daß die Regierungskommission stets einig mit den französischen Unternehmern geht, in der Ausbeutung und der Wahrung der imperialistischen Interessen. Auch der Völkerbund in Genf, an den wir uns als Gewerkschaften gewandt haben, hat uns eine Feld-Wald-Wiesen-Erklärung gegeben. Wir verlangen, daß ein Vertrag geschaffen wird, zwischen der Versicherung des Saargebietes und der Versicherung in Lothringen. Es ist eine Schande, daß die Versicherungsangelegenheit der Bergarbeiter, die in Lothringen arbeiten und deren Zahl an 7000 heranreicht, immer noch in der Luft hängt. Die Leute wissen nicht, ob ihre Familien Brot haben, wenn der Ernährer nicht mehr da ist. Es ist dies eine dringende Forderung, die durchgeführt werden muß.

Ich gestatte mir noch darauf hinzuweisen, daß hier die Arbeiterschaft, wenn nicht endlich eingegriffen wird, einmal zur Selbsthilfe schreitet. Es braucht sich niemand zu wundern, wenn eines schönen Morgens die Bergleute sich aufraffen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. Die Arbeiterschaft schaut nicht mehr auf Grenzpfähle.

Die gesamte Belegschaft der Grube Velsen, die gesamte Frühschicht, ist geschlossen in Arbeitskleidern nach Lothringen marschiert, um ihren toten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Die Bergarbeiter des Saargebietes werden genau so einig aufstehen, wenn nicht endlich im Saargebiet eine Anderung geschaffen wird. Wir haben Nachrichten, daß in einzelnen Gruben des Saargebietes, schlagende Wetter zu verzeichnen sind

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

und daß die Meldungen der Sicherheitsmänner nicht ernst genommen werden. Wir verlangen eine bessere Arbeiterkontrolle mit bestimmenden Rechten. Wir geben nichts mehr auf Versprechen, sondern verlangen, daß dem Bergmann endlich sein Recht gewährt wird.

Meine Herren! Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion kommt auch uns aus dem Herzen, aber wir weisen darauf hin, daß die Regierungskommission nicht so kleinlich sein soll. Dieselbe Regierung, die nachgewiesener Weise Hunderttausende verschleudert für Spitzeldienste, kann für die Opfer eine Viertelmillion auswerfen.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Wir schließen uns dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion an mit der Maßgabe, daß der Betrag von 100.000.-Franken auf eine Viertelmillion erhöht wird.

(Bravo - Rufe !)

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

chmelzer (DSV): Meine Herren! Namens meiner Fraktion spreche ich den Hinterbliebenen der Opfer von Merlenbach unser Beileid aus und schließe mich den eingebrachten Anträgen an.

Ich möchte aber an die Regierung die Bitte richten, daß sie auf die Bergaufsichtsbehörde einwirkt, daß strengstens nachgeprüft wird, ob alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß in den Saargruben ein Raubbau getrieben wird, der ganze Gebietsteile gefährdet. Wir haben keine Antwort bekommen. Diese Mißachtung des Landesrates von Seiten der Regierung sind wir gewohnt. Wir können nichts weiter tun, als darauf hinweisen, daß sie dieser Pflicht nachkommen muß. Auf unseren Hinweis erwarten wir eine Antwort bezgl. der gefährdeten Ortsteile und ich nehme an, daß die Regierungskommission an diesem schrecklichen Warnungssignal nicht vorbeigehen wird und uns Aufklärung erteilen.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Albert !

lbert (H.u.L.): Ich schließe mich den Ausführungen meiner Vorredner an.

orsitzender: Wir kämen dann zur Abstimmung über die folgenden Anträge. Der erste Antrag lautet:

" Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, für die Hinterbliebenen der Opfer von Merlenbach 100.000.-Franken zu bewilligen."

Wer für diesen Antrag ist, möge sich erheben. Dafür sind sämtliche Mitglieder, doch die Kommunisten sind für eine Erhöhung auf eine Viertelmillion.

Der zweite Antrag lautet:

" Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, die Drittelungsgrenze in der Unfallversicherung ganz aufzuheben. Desweiteren einen fiktiven Jahresarbeitsverdienst zur Berechnung der jetzt ausgezahlten Unfallrenten in Höhe von 7000.--Franken festzusetzen."

Wer für diesen Antrag ist, möge die Hand erheben. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Meine

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Meine Herren! Ich darf wohl um Ihre Zustimmung bitten, für die Beileidskundgebung des Ministerpräsidenten Marx den Dank des Landesrates zu übermitteln.

(Bravo- Rufe)

Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.

Einführung der Reichsver[redacted]ordnung über das Erbbaurecht vom 15.Januar 1919.

Das Wort hierzu hat der Berichterstatter,Herr Brettar!

Brettar (S.P.): Meine Herren! Auf Grund ihrer Beratungen vom 26.Februar und 3. März 1925 erstatten die IV. und V. Kommission folgenden Bericht:

" Der Verordnungsentwurf ist lediglich eine Übernahme des Wortlautes der Reichsverordnung vom 15.Januar 1919 mit unwesentlichen Abänderungen, die durch die besonderen Verhältnisse im Saargebiet bedingt sind.

Da bereits die Vertretung der Stadt und die des Landkreises Saarbrücken den Beschluß gefaßt haben, zur weiteren Steuerung der Wohnungsnot, Wohnhäuser zu erstellen und diese im Erbbaurecht an Interessenten abzutreten,war es die Pflicht der Regierung dem Vorhaben eine gesetzliche Unterlage zu geben.

Die Kommissionen schlagen nach eingehender Prüfung der Vorlage dem Plenum die unabgeänderte Annahme des Entwurfes vor.

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

tzender: Das Wort hat der Abgeordnete Karius !

s (Z.): Meine Herren! Die Wohnungsfrage ist in den letzten Jahren Gegenstand vieler Debatten gewesen. Man kann begrüßen, daß die Erörterungen sachlicher geworden sind und die Erkenntnis immer mehr durchdringt, daß die Wohnungsnot nicht durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, sondern durch die Beschaffung neuer Wohnungen am besten beseitigt wird. Es ist im Saargebiet manches geschehen. Wenn das Militär wegkommen soll, so dürfte bald erwartet werden, daßmanche Wohnung frei wird. Die Förderung des Neubaues ist nur möglich, durch Beschaffung von ausreichenden Kapitalien, tragbaren Zinssätzen und weiter, daß die Gesamtheit, insbesondere derjenige, der baut, auch ein entsprechendes Einkommen hat, daß er bei anständiger Lebensweise Verzinsung und Tilgung zu tragen in der Lage ist, was hier fehlt. Es ist den wenigsten möglich neben der Bestreitung des Lebensunterhaltes , Zinsen und Tilgung abzutragen, daher erleben wir soviel Zwangsversteigerungen. Wo will das letzten Endes hin, daß die sauerverdienten Groschen auf diese Weise verloren gehen. Die Kapitalbeschaffung ist ein äußerst schwieriges Problem. Man muß warnen, allzu viel ausländisches Kapital nach hier zu ziehen. Die 3 Millionen Dollar-Anleihe war ein erfreuliches Zeichen für die Stadt Saarbrücken, weil sie in der Lage ist, für die Verzinsung aufzukommen. Aber in einem Gebiet mit schwankender Papierwährung, eine Goldschuld aufzunehmen, kann gefährlich werden.

Die sogenannte Madagaskarwährung ist noch nicht gekommen. Ob sie kommt oder nicht kommt, weiß man noch nicht. Für die Kapitalbildung fehlt dem Saargebiet die Voraussetzung die notwendig ist. Was hier verdient wird, sei es Gehalt der ausländischen Beamten, Verdienste der Unternehmer usw. geht nach dem Ausland. Dadurch ist eine Kapitalbildung nicht möglich. Es kann ruhig gesagt werden, daß auch vor dem Kriege manche Million, die wegging, hätte hier bleiben können. Für den großen preußischen Etat spielten die paar Millionen, die die Saargruben abwarfen, keine große Rolle. Dann ist die Tätigkeit der Regierungskommission in der Aufwertungsfrage nicht geeignet, Vertrauen von der Bevölkerung zu erwarten.

Es wäre begrüßenswert, wenn sobald als möglich die Aufwertungsfrage in ähnlicher Weise, wie im übrigen Deutschland geregelt würde. Sehr wichtig für eine Kapitalbildung und Kapitalbeleihung, wäre der Rückanschluß der Versicherungsträger des Saargebietes an diejenigen des übrigen Deutschland. Er ist mehrmals verlangt worden. Der Anschluß wäre insofern wertvoll, als die deutschen Versicherungsträger Invaliden- und Angestelltenversicherung in der Lage sind, in erheblichem Maße Baudarlehen zu geben. Die Versicherungsträger des Saargebietes werden bei dem jetzigen Umlageverfahren kaum in der Lage sein, viel abgeben zu können. Der Saarbrücker Knappschaftsverein hat sehr erheblich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen.

Eine andere Frage ist aufgeworfen worden, ob eine Mietzinssteuer einzuführen sei. Ich glaube, der Mieterschutzverband hat diese verlangt. Bei richtiger Abwägung muß man diese Steuer ablehnen, weil die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Besteuerung fehlen. Es fehlt der Verwaltungsapparat und die große Zahl der Miethäuser, die geeignet sind, große Beträge einzubringen. So erfuhr ich z.B., daß eine Stadt mit 1/2 Million Einwohner aus der Mietzinssteuer einen Bauzuschuß von 5 bis 700 Goldmark bei 1 % Tilgung zu jeder Wohnung geben kann. Wo solches möglich ist, wirkt sich die Zinssteuer zur Förderung des Bauwesens aus. Was wir im Saargebiet

brauchen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

brauchen, ist die Möglichkeit der Übernahme von Zinsgarantien durch Gemeinden und Regierungskommission. Diese Frage ist ja in größeren Gemeindevertretungen besprochen worden. Nach unserer Ansicht ist dieses zu unterstützen. Diese Mietzinsgarantie muß durch Kreise und Gemeinden übernommen werden. Das jetzige staatliche Verwaltungssystem soll in 10 Jahren verschwinden, wohin gegen die Verzinsung über diesen Zeitraum hinausgeht. Dann ist eine Deszentralisation besser als eine Zentralisation. Notwendig ist, daß eine andere Verteilung der Steuereingänge erfolgt, und daß Gemeinden und Kreise einen größeren Anteil erhalten.

Die Frage ,ob man zum Kleinwohnungsbau übergehen soll oder zum Bau von größeren Mietshäusern, ist Gegenstand von Beratungen gewesen. Grundsätzlich wäre der Kleinwohnungsbau zu bevorzugen. Bei Herstellung von Eigenheimen ist zu berücksichtigen, daß der Bau verteuert wird durch Kanalkosten und es wenigen möglich sein wird, solche Häuser schuldenfrei zu machen. Dann kommt hinzu, daß baufähiges Gelände auch in Saarbrücken vorhanden ist. In Saarbrücken liegen z.B. an ausgebauten kanalisierten Straßen etwa 14 Km. baufähiges Gelände. Es wäre zu prüfen, ob man nicht zur Behebung der Wohnungsnot erst die Innenviertel der Stadt ausbaut und dann mehr zum Kleinwohnungsbau übergeht. Die Ansiedlung auf dem Lande erfordert eine bessere Verbindung der Eisenbahn und Straßenbahn. Heute müssen eine große Anzahl Arbeiter und Angestellte fast halb so viel Zeit, wie sie für den Dienst brauchen, von und zur Arbeitsstelle verwenden. Es wäre möglich einen Autoverkehr einzurichten, um den langen Fußweg abzukürzen.

Die Gewährung von Zuschüssen aus Arbeitgeberkreisen wäre zu prüfen, ob dieser Weg nicht richtiger wäre, als der Bau von Werkswohnungen. Es wäre zweifellos Sache der Arbeitgeber in Erörterungen einzutreten. Die jetzige Bergwerksdirektion hat im Gegensatz zu der früheren Verwaltung zur Behebung der Wohnungsnot fast nichts mehr getan. Gerade diese könnte mit ihren erheblichen Überschüssen sehr viel zur Linderung der Wohnungsnot tun. In der Inflationszeit der Mark, wo die Löhne der Saarbergarbeiter bis zu 5.-Frcs. unter denen der lothringischen Arbeiter standen, hat, wie ich an Hand eines Berichtes an die französische Kammer errechnet habe, durch diesen Lohnunterschied, die Bergwerksdirektion in einem Jahre etwa 70 Millionen Franken erspart. Was hätte man mit diesen 70 Millionen Franken in damaliger Zeit an Wohnungsbauzuschüssen leisten können. Die Überschüsse flossen aber der französischen Staatskasse zu.

Dann gibt es eine Behörde, die sehr viel zur Behebung der Wohnungsnot beitragen könnte, das ist die Alleestraße. Wenn man alle überflüssigen Beamten, die vertragsmäßig nicht hier sein müssen, abbaute und deren Gehälter zur Erstellung von Wohnungen benützte, könnte manche Wohnung erstellt werden. Und wenn man die skandalischen Zustände, wie sie sich in den Fällen Rollin und Adler usw. zeigten, in Betracht zieht, so fragt man sich, wo soll das bei der steigenden Not der Saarbevölkerung hinaus.

(Herr Staatskommissar, ich bitte Sie, hier zuzuhoren!)

Ich frage, wo geht das hinaus mit den fortgesetzten Skandalen. Vom Pressebüro der Regierungskommission, wo der berühmte Hauvillers von Metz sitzt, wird periodisch eine Kabinettszeitung herausgegeben. Auch diese kann die Tatsachen von Rollin und Konsorten nicht abstreiten. Die Herren Rollin usw. glauben, daß die Saarbevölkerung dazu da sei, um bestohlen zu werden. Ich frage den Herrn Staatskommissar, warum verlegt man

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

die verflossene Oberste Polizeiverwaltung nicht auf den Lerchesflur ? Ich glaube, dem Saarvolk aus dem Herzen zu sprechen,wenn ich sage, daß das arme Volk das nicht vertragen kann, daß das Geld so fortgeworfen wird und ich wiederhole, wenn dieses Geld, das für Gratifikationen ausgegeben wurde, zum Bau von Wohnungen verwandt worden wäre, die Wohnungsnot gelindert werden konnte. Man beobachte doch, wie sich außerhalb des Saargebietes die Presse mit diesen Sachen beschäftigt. Jeder fragt sich,was soll bei dieser Verwaltung aus dem Saargebiet werden. Man hat außerhalb des Saargebietes den Eindruck, als wenn die Verwaltung des Saargebietes den Völkerbundsgedanken sabotieren wollte. Wenn die Verwaltung des Saargebietes aufgehoben und der frühere Zustand wieder hergestellt würde, könnte mit dem ersparten Geld, was durch die Aufhebung der Verwaltung und den Wegfall der Zuschüsse an Post und Eisenbahn frei wird, ganz erhebliche Bauzuschüsse geleistet werden. Ich glaube, daß man den Betrag mit 40 bis 50 Millionen nicht zu hoch einschätzt. Nimmt man zu diesem Betrag noch die Gehälter der überflüssigen Beamten, könnten erhebliche Mittel freigemacht werden.

Dann wäre notwendig, daß die technische und wissenschaftliche Forschung dem Baugewerbe mehr dienstbar gemacht würde. Im übrigen Deutschland versucht man, das Bauen zu verbilligen. Die Schaffung von Baugenossenschaften und Arbeitsgemeinschaften ist zu empfehlen, aber ohne ausreichendes Kapital können diese den gewollten Zweck nicht erfüllen.

Man müßte steuerliche Entlastungen durchführen.Was noch notwendig ist, wäre die Durchführung der von der Zentrumspartei bei Beratung der Einkommensteuerverordnung gestellten Anträge auf Befreiung von der Einkommensteuer. Desgleichen wäre notwendig, daß die Wertzuwachssteuer nicht erhoben wird, wenn ein Haus verkauft wird und für den Erlös ein anderes Haus angeschafft wird. Es kommt häufig vor, daß Leute wegzugshalber ihr Haus verkaufen müssen. Wenn hier die Wertzuwachssteuer erhoben wird, können sie sich von dem verbleibenden Rest kein anderes mehr anschaffen.

Dann wären baupolizeiliche Erleichterungen sehr am Platze. Herrn Staatskommissar möchte ich dringend bitten, zu sorgen, daß in der Frage, der durch die Grubensenkungen geschädigten Häuser- ich denke an Schnappach-etwas geschieht.Ich bitte von dieser Stelle aus, daß so schnell als möglich den Leuten geholfen werden muß. Die Bergwerksdirektion muß zur Bezahlung des angerichteten Schadens herangezogen werden. Die Schuld für diese Schädigungen liegt bei der Regierungskommission. Warum tut das Oberbergamt, das eine neutrale Stelle ist, nichts ? Die Bergwerksdirektion und das Oberbergamt ist ein Geschwisterpaar. Wenn man von der Bergwerksdirektion zum Oberbergamt geht, hört man überall dieselbe Antwort.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Es ist unvereinbar mit der Verwaltung des Saargebietes,daß das Oberbergamt an seiner Leitung Franzosen hat. An die Leitung des Oberbergamtes gehört ein neutraler,vollkommen unabhängiger Beamter. Der frühere Leiter des Oberbergamtes ist nach dem Ruhrgebiet gegangen, er war auch Franzose. Dieser Fall bewies, daß die französische Regierung auf die Besetzung und Änderung in der Leitung des Oberbergamtes Einfluß hat.

Die Rechtslage für den Grubenschutz ist folgende. Dieselben Gesetze zum Schutze der Erdoberfläche, die in der Vorkriegszeit bestanden haben, bestehen heute noch. Der Versailler Vertrag garantiert die Aufrechterhaltung der deutschen

<u>Gesetze.</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Gesetze. Wie werden die Gesetze durchgeführt ? Sie werden nicht durchgeführt, weil keine Stelle da ist, die sich der Durchführung der Gesetze annimmt. Das ist im Saargebiet das Unangenehme, daß das ganze Gebiet von Franzosen verwaltet wird, trotzdem denselben nur 20 % der Aktien zustehen sollen.

Zum Schlusse noch eins. Ich las in den letzten Wochen in einer Zeitschrift, in der man warnte vor der Ausführung von großen Luxusbauten. Es wirke nichts aufreizender, als wenn auf der einen Seite tausend Familien ohne Wohnungen dastehen und auf der anderen Seite bauen die Neureichen Schlösser und Villen, die weit über die Bedürfnisse hinausgehen, was eine Familie braucht. Es wirkt auch aufreizend auf die Hypothekengläubiger, die ihre ersparten Groschen in Hypotheken anlegten, während diese einen Besitz haben, der Hypothekenfrei ist, müssen die Geldgeber in vielen Fällen den Weg zum Wohlfahrtsamt suchen.

(Bravo- Rufe)

itzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sender!

ender (S.P.): Meine Herren! Wir haben heute über die Verordnung betr. Einführung der Reichsverordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 zu beraten. Die Sozialdemokratische Fraktion nimmt, wie der Herr Berichterstatter bereits erwähnt hat, die Vorlage in vollem Umfange unverändert an. Diese Verordnung hat mir Veranlassung gegeben über die Wohnungsfrage zu sprechen und deshalb folge ich dem Beispiel meines Herrn Vorredners.

Ich habe selten in den letzten Monaten oder letzten Jahren so viel angesammelte Wut und Erregung im Landesrat und außerhalb desselben beobachten können, wie heute und die Ursache ist die Frage des Wohnungselendes. Es ist ein beschämendes Schauspiel, daß wir Jahr für Jahr immer dieselben Debatten haben. Seit 1919 werden in den Kommunen und seit einigen Jahren auch im Landesrat Pläne gemacht und debattiert, immer und immer wieder neue Vorstöße gegen die Regierung gemacht und auch gegen das nichtzahlende Bürgertum. Nichts geschieht! Garnichts ! Ich habe im Jahre 1924 von dieser Stelle aus, das Verhalten der Regierungskommission als eine Kulturschande bezeichnet. Ich habe damals an der Zahl der Autos den Luxus zu zeigen versucht. Nichts ist geschehen ! Aber auch garnichts ! Jahr für Jahr erhalten wir eine Verordnung, eine Wohnungsmangelverordnung, die sich darauf beschränkt, die nichtvorhandenen Wohnungen zu verteilen.

Die Aufgaben ,die an die Bürgerschaft und an die Regierungskommission gestellt sind, sind von überwältigender Bedeutung. Hier liegt eine Aufgabe für die Regierungskommission reformierend einzugreifen. Sie sollte froh sein, daß der Landesrat immer und immer wieder der Regierungskommission den Weg zeigen will, daß sie sich zu einer großen Tat aufschwingen und die Anerkennung der Bevölkerung ernten könnte. Nichts geschieht! Deshalb kommt es mir vor, wie eine tragödienhafte Komödie. Jahr für Jahr die Bilder selben Jammers und Elends. Die Herzen bleiben nach wie vor hart und die Geldmittel fehlen.

Meine Herren, wir kommen so nicht mehr aus, deshalb sage ich, wir müssen andere Mittel suchen. Ich verstehe die Erregungen der Herren Kiefer, Hoffmann und Karius sehr gut und unterstreiche Wort für Wort, was der Abgeordnete Reinhard gesagt hat. Wir wollen die Komödie aufhören lassen, daß jede Partei für sich arbeitet. Hier geht das Elend über alle Schranken der Bevölkerung hinweg. Meine Herren! Erstens läßt man die Arbeiterschaft in den Krieg ziehen und dann läßt man die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Arbeiterschaft in den Krieg ziehen und dann läßt man die Arbeiterschaft immer und immer wieder ihr ganzes Leben lang bei harter Frohn der Arbeit und Hungerlohn untergehen. Diese ungeheuere Erregung der Führer der Bergarbeiterschaft ist mir außerordentlich verständlich und ich wundere mich über die Geduld, die sich in Bergarbeiterkreisen durchgerungen hat. Es schlägt das schlechte Gewissen derjenigen, die sich betroffen fühlen. Nichts ist geschehen. Denken Sie an die schönen Reden anläßlich der Katastrophen von Merlenbach, Dillingen und Zeche Minister Stein. Die Tränendrüsen öffnen sich eine gewisse Zeit, wundervolle Reden werden gehalten, die Reden werden angehört, aber Renten für die Betroffenen gibt es nicht. Da muß man die jammervollen Zahlen von 70.- und 80.-Franken hören, ganz gleichgültig, ob keine oder neun Kinder vorhanden sind. Das ist eine Kulturschande! Eine Kulturschande der Regierungskommission, denn diese tut nichts.

(Zurufe: Sehr richtig !)

So verhungern an lebendigem Leib die Hinterbliebenen der Toten.
Eine Frage von ebenso großer Bedeutung und die auch im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage steht, ist, daß sowohl die Nichtlösung der Rentenfrage wien die des Wohnungselendes nicht s anderes ist, als ein Ausfluß des Kapitalistischen Systems. Verzeihen Sie, meine Herren von der Rechten.

(Zurufe: Sehr gut !)

Die Wohnungsfrage ist ein großes und schweres Problem, und deren schädliche Folgen unter allen Umständen gebannt zu werden verdienen. Die Kriminalität und die Sittlichkeit leiden in erschrekkendem Maße. (Meine Herren vom Zentrum, das geht Sie auch an!) Es ereignen sich Vorkommnisse, man erfährt sie zuweilen in seinem Beruf, diem zum Himmel schreien. Dann die Krankheitsherde. Das Wohnungselend ist die Basis der Krankheiten. Neben den Toten der Arbeit, das dauernde Hinsiechen u an Wohnungselend und Verlassenschaft. Meine Herren, die Ursache habe ich in kurzen Sätzen berührt. Was aber die Arbeiterschaft angeht, muß ich sagen, die Arbeiterschaft sollte sich sammeln zu ganz gewaltigem Vorstoß, sie sollte sich sammeln, ohne Ansehen der Partei. Die Arbeiterschaft erreicht deshalb nichts, weil der Gegner die Schwäche der Spaltung fühlt. Das gilt auch für die christlichen Arbeiter. Ich spreche keine Phrase aus, denn es gilt einen Kampf zu führen, einen ungestümen Kampf, wenn auch mit Besonnenheit, zu richten diejenigen, dien Schuld an diesen Dingen tragen. Dann wird es gelingen Front zu machen gegen das Unternehmertum, gegen die schlechten Wohnungen, wo der Arbeiter nicht genügend Ruhe finden kann zu neuer gefahrvoller Arbeit. Ich bewundere die Geduld und den Langmut der Arbeiterschaft insbesondere der aufgeklärten Arbeiterschaft und die schlafende Trunkenheit der Arbeiterschaft. Ich bewundere aber auch die Zugeknöpftheit der Taschen der Regierungskommission und der Bourgeisie. Ich verstehe daß Herr Karius als letzter Redner eine sehr starke Erregung zeigte, ein sonst so ruhiger Mann und das sollte ein Menetekel sein, wie ein Mann aufzustehen und gegen das Wohnungselend Front zu machen. Es besteht eine maßlose Erbitterung gegen diejenigen, die es angeht, auch gegen die Regierungskommission, die alle Hände voll zu tun hat, Militär und Beamten der Bergverwaltung Wohnungen zu verschaffen. Aber an die Arbeiterschaft und an die Angestellten und sonst kleinen Leute denkt man nicht. Da hört man erschreckende Zahlen von 3000, man sagt sogar von 10 000 Wohnungssuchenden in Saarbrücken, 25000 Wohnungssuchenden des ganzen Saargebietes. Wundern Sie sich nicht, meine Herren, wenn eines Tages der Sturm losbricht und die Erbitterung auslöst über das Versagen der Gesellschaftsmoral und sittlichen Verpflichtungen. Erst

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Erst schafft man große Ansammlungen von Arbeitern und dann läßt man die Wohnungsfrage ungelöst. Es genügt nicht, daß wir lediglich die politischen Angelegenheiten unter die Lupe nehmen, wir müssen uns auch daran gewöhnen, an große Reformvorschläge heranzugehen. Wir haben grundlegende Ideen von Hausbesitzer und Mieterkreisen. Die Bürgermeister an der Spitze der Kommunen üben einen Druck auf die Regierung aus. Hier sind Reformvorschläge gemacht worden und für alle gilt das Wort, daß die Regierung ihr Ohr vollkommen taub gehalten hat. Es gibt nur eine Lösung: Die Taschen auf ! Weg mit dem ganzen Geschwätz. Wie das gemacht werden soll und gemacht werden kann, haben Sie von Herrn Betz 1923 gehört. Die Regierung sollte freudig erklären, daß sie in den nächsten 3 bis 4 Jahren freudig die Tasehen aufmachen will, um endlich aus dem Elend herauszukommen.

Meine Herren! Es öffnen sich die Taschen, wenn es Lohnaufbesserungen bei den oberen Zehntausen gibt. Die Regierungskommission muß einen lebhaften Lohnkampf in Genf geführt haben, denn die Erhöhung beträgt 25 %. Ich erinnere, daß seinerzeit Mitglieder des Obersten Gerichtshofes mit Mitgliedern des Völkerbundes eine Lohnverhandlung geführt haben. Der Erfolg war der, daß die Gehälter weit über 50 000 Franken jetzt hinausgehen und die niederen Beamten vergessen werden. Man muß sagen, für die öffnen sich auch noch die Taschen. Das Kapital oder das kapitalistische System scheint sich nicht bewußt zu sein, daß sie mit allen diesen Ausbeutersystemen die Wege bereiten für den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Bourgoisie. Man wird über derartige Dinge, wenn sie aus dem Munde eines Sozialdemokraten kommen, ein Lächeln zeigen. Meine Herren, lächeln Sie nicht, wenn es zu spät ist.

(Zuruf: Sehr richtig !)

Ich darf mir ersparen alle Leitsätze aufzustellen, die wir früher aufgestellt haben. Wir verlangen die absolute Entziehung des Mieterschutzes für diejenigen,die ihn nicht notwendig haben. Wir haben keinen Anlaß Millionäre zu schützen, die in der Lage sind, zu bauen. Wir verlangen vielmehr, daß diese gezwungen werden, innerhalb einer angemessenen Frist zu bauen. Dann kommt noch die Wohnungsbauabgabe, über die mein Parteifreund Betz früher berichtet hat.

Meine Herren, ich kann mir nicht versagen, Ihnen einmal an Hand von zusammengestellten Tabellen zu zeigen,daß die Warnungen nicht vergeblich sind, die ich immer und immer wieder an Sie zu richten, die Ehre hatte. Es handelt sich da um die Erfassung erheblicher Geldmittel, die durch die Kommunen erhoben werden.

In der Türkenstraße,7 bewohnen 2 Witwen,2 Ehepaare und 4 Kinder - 2 Zimmer und ein Eckchen, das sich Küche nennt. Eine Frau ist niedergekommen und liegt in einem Schlafzimmer, das 2,78 m groß ist. Kommentar können Sie sich selbst geben.

In der Varzinerstraße bewohnen 2 Familien- 2 Zimmer und Küche, ihre Zahl sind 9 Personen. Kommentar überflüssig.

In der Weidenstraße, in 2 Zimmern,Küche und Mansarde wohnen 2 Ehepaare mit 4 Töchtern und 4 Söhnen.

Auf dem Acker in einem Zimmer und Küche- 9 Personen, davon ist eine tuberkulös in höchstem Grade.

In der Ludwigstraße 10 wohnen 2 Familien mit 10 Personen in einem Zimmer und Küche.

In

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

In der Hubert-Müllerstraße wohnen 2 Familien mit 10 Personen in 3 Zimmern und Küche. Die Leute sind auch teilweise tuberkulös.

In der Schutzbergstraße 7 Personen in einer Mansarde.

In der Mainzerstraße 5 Personen in einer einzigen Mansarde.

In der Grüneichstraße 4 Personen in einer Mansarde.

In der Margarethenstraße 2 Ehepaare, 7 Personen, in einem Zimmer und Küche.

Im Jenneweg 15 Personen, davon 12 Kinder, die zusammen mit der Großmutter in einer Mansarde schlafen.

In der Paralellstraße 1 Mansarde-,sämtliche Kinder schlafen auf dem Boden.

Ich habe mir gestattet, diese Wohnungen aufzusuchen.

Herr Deflin hat in der Mainzerstraße 95 ein gewaltiges Haus, in dem früher 3 Familien wohnten, allein inne.

In der St.Johannerstraße, die Villa Ehrhardt wird mit 17 Räumen von einer Familie bewohnt.

Josefstift Königin-Luisenstraße 21 Zimmer,2 Bäder und Küche für 2 Familien.

In der Hohenzollernstraße, wo jetzt das Oberbergamt ist, sind 3 Wohnungen mit 21 Zimmern und 4 Mansarden. Wo sind die Leute hingekommen, die dort gewohnt haben.

Die Elsässische Bank hat 4 Wohnungen in Geschäftsräume umgewandelt. Die arme Bank ist auch nicht in der Lage gewesen zu bauen.

(Zurufe: Sehr gut !)

In der Hohenzollernstraße bei Obenauer, bewohnt ein Leutnant 4 Zimmer und Küche. Er soll auch eine angebliche Gemahlin bei sich haben. Kinder sind noch keine gefunden worden.

(Lachen)

Meine Herren! Ich fürchte, Sie haben nicht so viel Zeit, um die ganze Tabelle zu hören. Ich versage mir deshalb darauf einzugehen. Sie werden wohl aus den Reden der Bergarbeiterführer die Lehre gezogen haben, daß wir unter allen Umständen gegen die Regierung einen Druck ausüben müssen, daß der Wohnungsbau zum Gesetz erhoben wird. Dann wir aufhören das Elend derjenigen, die dauernd im Schatten leben im Gegensatz zu denjenigen, die schon auf Erden ihr Paradies haben und dann kommt auch für diejenigen die Sonne heraus, die sie seit Jahren nicht mehr gesehen haben.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Sticher !

Sticher (K.P.): Meine Herren! Wir haben die Vorlage betrachtet und werden keine Anderung an ihr vornehmen. Mein Herr Vorredner Herr Dr. Sender hat die Wohnungsverhältnisse in Saarbrücken geschildert und ich muß, weil ich nicht in Saarbrücken wohne, einmal beleuchten wie in Orten und Dörfern des Saargebietes es aussieht. Die Stadt St.Wendel hat allein 370 Wohnungssuchende. Da sind nicht die Familien einbegriffen, die zu wenig Raum haben oder die sogar in Ställen wohnen. Meine Herren! Ich beweise Ihnen, daß da Leute in Räumen wohnen, wo kein Fußboden drin ist, das sind Ställe, wo früher Pferde gestanden haben.

Wir haben desgleichen in Ottweiler sehr krasse Fälle zu verzeichnen z.B. daß ein Sohn ,der 16 Jahre alt ist,bei seiner Mutter im Bette schlafen muß und daß sich dieser Mensch die Knochen erkältet hat. Wir haben Fälle in Ottweiler, wo 10 und 12 Personen in einer Mansarde wohnen. Ich wünschte, Sie würden diese Mansarde sehen. Auf der anderen Seite muß ich beleuchten, wie die gutgestellten Leute in Ottweiler wohnen. Man hat neue Kreishäuser gebaut und hat Beamte mit 3 Personen 6 bis 7 Zimmer gegeben.

Bei der französischen Gendarmerie ist ein Wechsel vorgekommen und dadurch sind 9 Wohnungen in dieser Kaserne leer geworden. Es wurde ein Prozeß angestrengt seitens der Kirchen und politischen Gemeinden. Das Gericht hat sich nicht bemüht, irgendwie ein Urteil zu fällen und hat diese Wohnungen leerstehen lassen. Bis heute ist die Sache noch nicht geklärt, ob die Familien einziehen können oder nicht.

Desgleichen ist für den Gewerbelehrer Jung ein ganzes Haus beschlagnahmt worden. Der Pfarrer zieht ins Pfarrhaus ein und der Gewerbelehrer Jung bezieht dieses Haus, wo der Pfarrer gewohnt hat. Das sind 9 Räume für 2 Personen. Ich habe Schritte unternommen, daß diesem Gewerbelehrer von den 9 Räumen nur 3 Räume abgenommen werden. Die Regierung hat es aber abgelehnt, diesem Herrn 3 Räume abzunehmen. Sie sieht zu, daß 2 Personen 9 Räume bekommen und auf der anderen Seite, daß 12 Personen nur einen Raum zur Verfügung haben. 30 % aller freiwerdenden Wohnungen müssen gemeldet werden und diese werden beschlagnahmt für die Beamten. Wir haben erleben müssen, daß die Stadtverwaltung ein Schreiben bekommen hat, daß die 30 % der freiwerden Wohnungen gemeldet werden müssen. Man hält es notwendig, noch mehr Wohnungen abzuknöpfen, für noch 5 Landjäger. Ich möchte wissen, aus welchen Gründen wir noch 9 Landjäger bekommen sollen.

(Zuruf Reinhard: Um die Arbeiter niederzuknüppeln!)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsnot beseitigt werden muß, daß die Regierungskommission den Gemeinden Mittel zur Verfügung stellt, damit diese bauen können. Ich muß feststellen, daß ein Arbeiter bei 5 % Zinsen nicht in der Lage ist sich heute ein Haus zu bauen, trotz dem niedrigen Zinsfuß,wegen seinem schmählichen Verdienst von 5, 6 bis 700 Franken. So ist es dem Arbeiter unmöglich, sich ein Haus zu bauen. In einer Zeit, wo die Gemeinden in der Lage gewesen wären,Wohnungen zu bauen, hat es die Regierungskommission verstanden, das Wohnungsbauverbot zu erlassen. Sie hat es den Gemeinden verboten. In der Inflationszeit hätten wir Wohnungen erstellen können. Man hat z.B. schon im Kriege durch die Oberste Heeresleitung versucht, keine Bauten mehr vorzunehmen, weil man Backsteine und Zement brauchte, um die Schützengräben

auszubauen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

die Schützengräben auszubauen, und um das Menschenmorden zu vergrößern. Man hat im Krieg die Mieten so niedrig gehalten, daß sich die Mieter nicht empört haben und von der Verwaltung nicht mehr Unterstützung verlangt haben. Heute sieht es anders aus, meine Herren! Wenn man sich betrachtet, daß heute ein Arbeiter, der 500 Franken verdient, 200 Franken an Miete zahlen muß, dann muß man sagen, von welchen Mitteln soll eine Familie leben. Ich habe ein Verzeichnis, daß Familien 150 bis 200 Franken an Miete zahlen müssen und da wundert man sich nachher, wenn irgend wie die Arbeiterschaft rebellisch wird, wenn der Arbeiterschaft auf der Grube und in den Betrieben der Kopf verdreht wird, mit seiner Familie in Streit gerät und sich dann der Trunksucht udgl. hingibt. Das sind Sachen, die gefördert werden, weil es die Regierungskommission nicht verstanden hat, Mittel aufzubringen um Wohnungen zu bauen. Hätte die Regierungskommission u in denn 4 Jahren Schritte unternommen und von der Bergverwaltung die Hälfte des Reinverdienstes verlangt, dann wäre sie in der Lage gewesen, den Gemeinden Gelder zur Verfügung zu stellen.

Meine Herren! Vorhin ist von den Werkswohnungen gesprochen worden. Das ist gut und schön. Wir haben einen Fall zu verzeichnen, wo ein Mann 25 und 26 Jahre in einem Betrieb gearbeitet hat und weil er nicht mehr leistungsfähig ist, hat man ihm entlassen. Das Ergebnis, daß dieser Mann treu gearbeitet hat, wird er vor Gericht gezerrt, seine Wohnung zu räumen. Ich weise Ihnen Fälle nach, wo Arbeiter vor Gericht gestanden haben und verurteilt wurden und mußten noch 200 Franken Kosten bezahlen. Das spottet jeder Beschreibung. Wir verlangen, daß die Werkswohnungen wie auch die Neubauten unter die Mieterschutzverordnung fallen. Wir verlangen auch, daß die Regierungskommission nicht mehr lange auf sich warten läßt und der Arbeiterschaft Löhne gibt, daß sie leben kann.

(Bravo- Rufe !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

hmelzer (DSV): Meine Herren! Die Regierung legt uns eine Vorlage vor, die letzten Endes den Zweck hat, die Wohnungsnot zu mildern. Das ist gut und nützlich und ich folge ihr auf diesem Wege und werde, wie die anderen Fraktionen dieser Vorlage zustimmen. Wir nehmen an, daß die Regierung nicht auf dem Wege stehen bleibt, sondern daß sie mehr und Besseres tut, die Wohnungsnot zu bekämpfen. Vor allen Dingen nehmen wir an, daß sie ihre Praxis betr. der Wohnungsbeschlagnahmé ändert. Wir haben bei Gelegenheit der Beratung der Vorlage betr. Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen, ihr ausgiebig Material über die Art und Weise, wie Beschlagnahmungen vorgenommen werden, vorgelegt. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß für Militär immernoch 30 % aller leer werdenden Wohnungen verlangt werden und haben die Regierung desweiteren darauf hingewiesen, daß sie 5 Jahre Zeit hatte, sich vorzubereiten und den Zollbeamten Wohnungen zu beschaffen. Für diese Zollbeamten werden Wohnungen beschlagnahmt, soweit die Gemeinden nicht genötigt werden, etwas für diese zu tun durch den Bau von Wohnungen. Das ist eine Unterlassung der Pflicht der Regierung, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Es ist ihr seit ihrem Dienstantritt bekannt, daß in diesem Jahre die Zollgrenze komplett fertig wird und wieviel Zollbeamten notwendig sind, sodaß sie hätte bei dem französischen Staat unternehmen müssen, daß dieser für seine Leute sorgt. Die Regierungskommission, vielleicht besser gesagt, der Herr Präsident der Regierungskommission, hat sich in diesem Falle bewährt als Vertreter der französischen Interessen, die er nach seinen eigenen Worten auch zu vertreten hat.

Wir haben darauf hingewiesen auf die Übergriffe bei der Abteilung des Innern, die die Wohnungsangelegenheiten zu bearbeiten hat. Zahlreiche Fälle wurden mir vorgetragen, die dem Leiter dieser Abteilung, Herrn Vigier, zur Last fallen. Durch die Presse ist bekannt geworden, daß den Herren Backes und Baltes wesentliche Verfehlungen nachgewiesen wurden. Wie ich höre, sind diese beiden Herren beseitigt worden, aber auf eine Art, die nicht wehe tut, ähnlich wie Rollin und Adler. Die beiden wären nicht einmal beseitigt worden, wenn sie Franzosen wären.

So ist ein neuer Mann eingezogen und ich höre, daß dieser neue Mann, namens Becker, in den Fußstapfen seines Vorgängers wandelt. Es ist mir ein Brief zugegangen, daß eine französische Hebamme eine Wohnung bekommen soll, die vielleicht nach Art der großen französischen Schilder andere Dinge besorgt, wie bei uns die Hebammen. Sie wird ein Bedürfnis für die zahlreichen Franzosen im Saargebiet sein und die Regierungskommission wird geneigt sein, diese Hebamme unter die Beamten fallen zu lassen.

(Unruhe- Lachen)

Es wäre zu untersuchen, ob dieser neue Mann in den Fußstapfen seiner Vorgänger wandelt, bevor der Skandal zum Himmel stinkt.

Wir haben nachgewiesen, daß sich Herr Vigier selbst gegen das Gesetz vergangen hat. Wo bleibt hier die Disziplinaruntersuchung. Gegen Bürgermeister Neikes hat man das Disziplinarverfahren eingeleitet wegen Bagatellen, wegen Lächerlichkeiten, wegen kleinen Sachen, wegen der "attutide", wegen seiner Einstellung. Gegen Leute der Abteilung des Innern wird

kein

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

kein Disziplinarverfahren angestrengt. Ich habe seinerzeit Fälle vorgetragen, die nachgeprüft hätten werden müssen. So wurde eine Wohnung geräumt zugunsten des Redakteurs des Neuen Saar-Kuriers und als Zeuge habe ich Herrn Notton angegeben, der gesagt hat, daß Herr Vigier sich hier vergangen habe. Die Abteilung des Innern hätte zum mindesten gegen Herrn Vigier eine Untersuchung einleiten müssen. Die Regierungskommission mißt, wenn es sich um einen Deutschen handelt, mit zweierlei Maß. Wir sind es im Saargebiet gewohnt, daß mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ich habe schon öfters darauf hingewiesen und ich möchte es heute noch einmal tun, daß Beamte, für die Wohnungen beschlagnahmt sind, ihre Wohnungen solange behalten können, als sie Beamte sind. Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Wohnung dem Nachfolger des weggehenden Beamten übrig bleibt. Bisher ist es aber nicht möglich gewesen, Dr. Carrier, welchen Fall ich schon oft angezogen habe, die Wohnung zu entziehen. Dr. Carrier ist schon jahrelang in Privatstellung. Böse Zungen behaupten, daß es deshalb nicht gelingen wird, weil er zuviel weiß.

Es wird interessant sein, wer die Wohnung des Herrn Rollin bekommt. Ob die der Nachfolger erhält ? Bei Gelegenheit werden wir einmal anfragen. Ich nehme zugunsten der Regierungskommission an, daß man die Wohnung des Herrn Rollin ihm nicht überläßt, weil er zuviel weiß. Wie gesagt, werden wir bei Gelegenheit noch einmal eine Anfrage stellen.

Zum mindesten erwarte ich endlich, daß in allen Fällen das Disziplinatverfahren gegen die schuldigen Beamten eingeleitet wird. Die ausländischen Beamten hat Herr Karius erwähnt. Wenn uns die ausländischen Beamten vom Halse geschafft werden, können wir auskommen ohne diese. Dann würden wir auch eine Anzahl Wohnungen freibekommen.

Es wäre interessant zu erfahren, was geschieht mit den Wohnungen der französischen Offiziere? Wir hören, daß die Truppen abgebaut werden. Ich habe mich beim städtischen Wohnungsamt erkundigt, ob jemals eine Wohnung eines Offiziers zur Verfügung gestellt wurde. Das ist aber niemals geschehen. Im Gegenteil, es werden noch dauernd Wohnungen für Offiziere beschlagnahmt. Das ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt. Die Kasernen werden jetzt vom Militär freigemacht. Nach jahrelangem harten Kampf hat sie jetzt endlich eine Kaserne der Stadt Saarbrücken zur Verfügung gestellt. Es war eine Riesenarbeit, dies zu erreichen, denn alle Stellen der Regierungskommission einschließlich der Abteilung des Innern haben daran gearbeitet, dies zu verhindern. Aus diesen Kasernen lassen sich wunderschöne Wohnungen herrichten. Ich habe mich bemüht mit Herrn Vigier darüber zu sprechen, daß die neugebaute Artilleriekaserne geeignet wäre, Wohnungen herzustellen. Er hat mir die Frage vorgelegt, ob Geld da wäre, diese Kaserne auszubauen. Man wollte vielleicht der Stadt Saarbrücken einen Strick drehen, daß sie über mehr Geld verfügt als sie haben soll.

Für die Landjäger kommt die Kaserne im Tal in Betracht. Was tut die Regierungskommission ? Gar nichts ! Es ist darauf hingewiesen worden, daß durch Raubbau der Bergwerksverwaltung ganze Dörfer gefährdet werden. Es sind so und so viel Wohnungen geräumt, aber die Regierungskommission tut nichts, sie sorgt nicht, daß Wohnungen neu geschaffen werden. Sie sorgt nicht, daß die Bergwerksverwaltung angehalten wird, die bestehende Wohnungsnot zu beheben. Herr Karius hat schon gesagt, daß man einen Franzosen zum Aufsichtsbeamten beim Oberbergamt gemacht hat. Man

kann

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

kann den Teufel nicht bei seiner Großmutter verklagen. Dort gehört ein deutscher Beamter hin, der bereit ist, nach deutschem Prinzip das Aufsichtsrecht auszuüben.

Es ist weiter davon gesprochen worden, daß die Kapitalbildung bessere Fortschritte machen sollte. Ich möchte die Herren Vertreter der Presse darauf hinweisen, auf eine Frage, die bisher nicht genügend behandelt wurde, das ist die Kapitalverschleppung durch die hier auftretenden französischen Sparscheine. Das Kapital, das die französischen Hüttenwerke, durch die französische Majorität übrig behalten,, geht nach Frankreich. Nun kommt hinzu, daß die Bevölkerung ausgenutzt werden soll durch diese Sparkassen. Sie lesen die Anzeigen, dem Sparer sein Geld aus der Tasche zu locken, da nur eine Verlosung veranstaltet wird. Es wird somit ein Verdienst der Presse sein, aufklärend zu wirken, daß dieses System ein Lockmittel ist und der Endeffekt ist doch der, daß das Kapital nach Frankreich verschleppt wird und dem Saargebiet entzogen wird. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission alles tut, um der Wirtschaft alles vorzuenthalten, anstatt zum Bauen Gelder zur Verfügung zu stellen in Form von kurzfristigen Krediten, damit die Bauwirtschaft läuft. Die Regierungskommission macht das nicht. Ihre kurzfristigen Kredite gibt sie lieber an Stellen wie Dillinger Hütte, die zu einem lächerlichen Zinsfuß 20 Millionen Franken bekommen hat. Die Regierungskommission hat es allerdings abgestritten, daß sie der Dillinger Hütte Gelder gegeben hat. Gewiß, sie hat es nicht direkt gegeben, sondern über drei französische Banken. Ich habe mir ein Aufsichtsratsprotokoll beschafft,.

(Zuruf: Landesbank !)

Außer dieser waren es noch zwei andere Banken. Wir verlangen von der Regierung, daß Kapitalien, die zur Verfügung stehen, in andere Kanäle geleitet werden.

Dann bedarf es zur Kapitalbildung noch etwas anderem. Wenn man Kapital bilden will, dann muß man dem Sparer das Gefühl des Vertrauens beibringen. Und da hat die Regierungskommission das Dümmste getan, durch die Vorlage der Aufwertung. Es ist dies das Dümmste, was man tun konnte. Ich habe Hoffnung, daß in aller kürzester Zeit eine neue Vorlage vorgelegt wird, nach dem Muster wie die Aufwertung in Deutschland vorgenommen werden soll. Wenn das der Fallm ist, wird wieder das Vertrauen in den Kreis der Sparer einkehren.

Die Regierungskommission hat versucht, an dem Wohnungselend vorbeizukommen, durch Gründung des Wohnungsbauverbandes und wie Sie wissen, hat der Wohnungsbauverband nicht gut abgeschnitten. Er ist selig entschlafen und es ist gut, denn man hat eingesehen, daß diese Art des Zuschusses nicht die richtige ist. Die Stadt Saarbrücken hat eine andere Form angenommen. Ein Haus, das gebaut wird, so zu verzinsen, wie es üblich ist, wäre die Verzinsung zu hoch und die Mieten infolgedessen auch. Man kam annehmen, daß diese hohen Zinssätze nicht bestehen bleiben. Es wäreb richtiger, wenn man anstelle des Kapitalzuschusses einen Zinsenzuschuß geben würde für den Satz, der über den früheren hinausgeht. Das scheint mir die richtige Form zu sein. Diese Zuschüsse müßten gedeckt werden durch die Allgemeinheit und die Regierungskommission sollte sich überlegen, ob sie nicht eine derartige Vorlage uns baldigst zugehen lassen will. Dann wäre die Regierung aufmerksam zu machen, daß sie endlich unterlassen soll, den Gemeinden, die bauen wollen, Schwierigkeiten zu machen. Die Siedlungsgesellschaften von Saarbrücken haben sehr große

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

große Verdienste erworben und sehr zur Behebung der Wohnungsnot beigetragen. Die Regierungskommission bereitet aber diesen Siedlungsgesellschaften jede Schwierigkeiten, die nur zu bereiten sind. Ich erinnere an die Schwierigkeiten, die den Gemeinden gemacht wurden. Es sieht fast so aus, als sei die Regierungskommission eifersüchtig darauf, daß irgend jemand etwas anderes macht, da sie alles für sich vorbehalten will. Es wurde erwartet, daß das Bauen von Werkswohnungen gefördert werden soll. Wir sind ja schlecht angesehen bei der Linken, da aber die Volksstimme es fertig gebracht hat, darauf hinzuweisen, daß Herr Röchling seine Pflicht getan habe, so freut mich das sehr. Ich bitte Sie, meine Herren, (zu den Sozialdemokraten gewandt) unseren Dank der Volksstimme zu übermitteln.

(Zuruf Reinhard: Das haben doch die Arbeiter bezahlt !)

(Unruhe - Zwischenrufe -)

(Schelle des Vorsitzenden)

Vielleicht bringen Sie diese Notiz in großer Aufmachung.

(Zuruf Dr.Sender: Sie haben doch so große Blätter !)

Herr Dr.Sender hat geglaubt sagen zu müssen, man müsse andere Mittel anwenden. Wir hätten bisher gute Reden gehalten und er hat dazu aufgefordert, daß sich die Arbeiterschaft sammeln möge. Es ist mir nicht ganz klar geworden, was er damit meint. Wenn er eine Gewaltaktion meint, möchte ich ihm doch zu bedenken geben, daß manches Mal gerade das Gegenteil herauskommt von dem, was man beabsichtigt. Ich möchte dem nicht das Wortb reden. Ich folge ihm aber auf dem Wege, wenn er sagt, die Parteien mögen sich überlegen, was zu tun ist.

Die Wohnungsnot kann nur vollständig beseitigt werden durch Neubauten. Die Mieten in Neubauten sind sehr hoch, auch bei niederer Zinszahlung sind die Sätze höher als vor dem Kriege, weil die Baupreise höher sind. Man müßte die Möglichkeit schaffen, daß diese hohen Mietsätze bezahlt werden können. Es müßte die Wirtschaft des Saargebietes so behandelt werden, daß die Löhne und Gehälter gesteigert werden können.

(Zuruf Hoffmann: Das ist richtig !)

In diesem Zusammenhang möchte ich die Regierungskommission ermahnen, daß sie daran denkt, die Beamtengehälter auf das angemessene Maß hinaufzusetzen. Es ist sehr bezeichnend, daß ein höherer Beamter in der Regierung, mit dem ich gesprochen habe, der Auffassung ist, daß der Prozeß ausgehen könne, wie er wolle, moralisch sei die Regierungskommission jetzt schon geurteilt. Ich bedauere außerordentlich, daß ich Ihnen den Namen dieses Herrn nicht nennen kann, Sie würden staunen.

(Zuruf Reinhard: Sie scheinen gute Beziehungen zu der Regierung zu haben !)

Wenn ich bei der Regierung war, so waren Sie auch dabei.

(Zuruf Reinhard: Wenn ich zur Regierung gehe, kommt kein höherer Beamter und bespricht mit mir dies und jenes!)

Man kann auch außerhalb der Besprechung etwas erfahren. Sie werden auch , wenn ein Regierungsmitglied mit Ihnen zu sprechen wünscht, es nicht abwehren. Es war für mich eine private Besprechung.

(unverständliche Zurufe !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

(Schelle des Vorsitzenden)

Herr Dr. Sender hat gesagt, daß den kapitalkräftigen Mietern, der Mieterschutz entzogen werden soll. Der Mieterschutz für kapitalkräftige Mieter wird letzten Endes aufrecht erhalten, weil sonst die französischen Beamten davon betroffen würden. Er hat weitere Beispiele angeführt, daß die Wohnungsnot in Saarbrücken zum Himmel schreit, desgleichen hat er Beispiele von großen Wohnungen angeführt. Ich freue mich, daß er Beispiele gebracht hat, wo Franzosen diese Wohnungen besetzt haben. Der kommunistische Vertreter- ich habe den Namen vergessen-

(Zuruf Dr. Sender: Stellen Sie sich vor !)

Ja, er kennt mich wahrscheinlich. Er hat den Fall des Gewerbelehrers Jung aus St. Wendel angeführt. Dieser Fall wurde auch in der Volksstimme besprochen. Ihr Aufklärungsdienst (zu den Kommunisten) ist nicht in Ordnung. Wenn das der Fall wäre, wäre es für Sie ein Genuß gewesen, darüber herzuziehen. Gehen Sie der Sache einmal nach.

(Zuruf Reinhard: Ich glaube, wir wählen Sie zum Präsidenten des Landesrates!)

Ich nehme dies als eine Vertrauenskundgebung an, die nicht zu unterschätzen ist.

Ich möchte Ihnen schon jetzt vorschlagen, wir haben Veranlassung genommen, die Regierung zu bitten, daß sie in der gesamten Regierungskommission die Wohnungsfrage bespricht. Den übrigen Fraktionen möchte ich vorschlagen, daß wir diesen Schritt unternehmen, die Regierungskommission bitten, daß sie mit uns die ganze Frage der Wohnungsbeschaffung bespricht und wir werden dann die Fragen der gesamten Regierungskommission vorlegen, die wir schon X- mal dem Herrn Staatskommissar vortrugen, der uns nicht antworten kann, weil er nicht autorisiert ist. Das wäre ein Weg, daß etwas Tatkräftiges auf diesem Gebiet geschieht.

(Bravo- Rufe !)

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Albert!

Albert (H.u.L.): Meine Herren! Wenn in der Denkschrift gesagt ist, daß in Grundbesitzerkreisen nicht selten die Auffassung vertreten wird, ein Bedürfnis für das Erbbaurecht bestehe im Saargebiet nicht, so soll damit hoffentlich nicht gesagt sein, daß diese Hausbesitzerkreise etwas gegen die Einführung des Erbbaurechts im Saargebiet einzuwenden hätten. Wenn sich Leute finden, die in dieser Besitzform bauen wollen, soll man sie nicht daran hindern. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Stadt Saarbrücken, soweit Behörden in Betracht kommen, sich des Erbbaurec ts bedient habe. Es muß aber doch dabei festgestellt werden, daß dies nur in geringem Umfange geschehen ist. Selbst in den in der Denkschrift erwähnten Gewerkschaftskreisen, die im Gegensatz zu den Hausbesitzern gebracht worden sind, hat das Erbbaurecht auch in der Stadt Saarbrücken sehr wenig Anklang gefunden. Vor allem sind es hier die , die vielfach in den letzten Jahren zu Hausbesitz gekommen sind, welche sich fast ausschließlich Eigenhäuser ohne Erbbaurecht erbaut haben. Die Mangel, die dem bisherigen Gesetz angehaftet haben und welche durch die Vorlage beseitigt werden sollen, sind sicherlich nicht allein der Grund, weshalb das Erbbaurecht auch in diesen Kreisen fast durchweg abgelehnt wurde. Wer schon so viel Kapital aufbringt, sich ein Haus zu erstellen, der wird meist vorziehen, das im Verhältnis zum Bau selbst geringe Kapital für den Bauplatz aufzubringen, um dann frei über sein Eigentum verfügen zu können. Die Entstehung des Erbbaurechts zeigt schon darauf hin, daß nicht etwa die Idee desselben denjenigen Kreisen entstammt, welche in der Denkschrift, als die hauptsächlichsten Träger der Idee genannt werden. Es sind vielmehr die Großgrundbesitzer Englands gewesen, die den Grundbesitz durch das Erbbaurecht nicht in die Hände des Mittelstandes haben bringen wollen, eine Entwicklung, über die niemand verschiedener Meinung sein kann. Als Vertreter des organisierten Grundbesitzes stimme auch ich dieser Vorlage zu.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim !

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen heute auf die vorgebrachten Anregungen betr. das Wohnungswesen eine Antwort zu geben, da ich auf die meisten Sachen nicht vorbereitet bin. Ich möchte aber doch einiges richtig stellen.

Es ist unrichtig, daß die Abteilung des Innern seit Erlaß der letzten Verordnung betr. das Wohnungswesen, eine Beschlagnahmebehörde oder eine Behörde ist, die Wohnungen verteilt. Die Abteilung des Innern ist eine Beschwerdeinstanz für Beschlagnahmungen. In der Stadt Saarbrücken ist die Zuteilung von Wohnungen einer Kommission übertragen, welche sich aus Beamten des städtischen Wohnungsamtes und der Regierungskommission zusammensetzt. Der erwähnte Herr Becker ist nur Mitglied dieser Kommission, hat also keine größeren Befugnisse.

Meine Herren! Es ist heute davon gesprochen worden, daß unbedingt etwas geschehen muß, um das Problem der Wohnungsnot zu lösen. Wenn Sie sich die Entwicklung im Deutschen Reich ansehen, so finden Sie, daß dort zuerst versucht worden ist, durch Gewährung von Bauzuschüssen, durch die Erhebung von Zuschlägen auf Grund- und Gebäudesteuern und durch die Luxusaufwandssteuer, die Mittel zu gewinnen, um die Wohnungsnot zu beheben. Es hat sich gezeigt, daß im Reich von allen Möglichkeiten nur die Hauszinssteuer zum Erfolg geführt hat. Die Voraussetzungen für die Erhebung der Hauszinssteuer sind im Deutschen Reich andere als im Saargebiet. Die ganze Frage hier dreht sich drum: Wie ist es zu ermöglichen, daß der Mann, der früher bauen konnte, auch heute bauen kann. Der Wohnungsbauverband, der das System der

<u>Kapitalzuschüsse</u>

A4

Kapitalzuschüsse befolgt, hat sein Programm nicht weiter geführt, weil damit infolge der Kapitalnot nichts Durchgreifendes geschehen konnte. Die Regierungskommission war bisher infolge der Kreditnot nicht in der Lage, etwas Entscheidendes zur Behebung der Wohnungsnot zu tun. Sie hat jedoch auch für die Zollbeamtenwohnungen einen Betrag von 10 Millionen Franken aufgewandt, ferner hat sie vor einigen Monaten einen Betrag von 13 Millionen für Beamtenwohnungen in Saarbrücken und anderen größeren Orten des Saargebietes ausgeworfen. Diese Wohnungen werden noch kommenden Sommer erstellt. Die Regierungskommission ist bis jetzt mit keinem Programm hervorgetreten. Sie plant noch eine Zinsverbilligungsaktion. Die Abteilung des Innern hat einen vollständigen Vorschlag ausgearbeitet, welcher ein Programm für mehrere Jahre vorsieht. Die Deckung der Mittel soll zu einem Teil beim inländischen und zum größeren Teil beim ausländischen Kapitalmarkt erfolgen. Der inländische Kapitalmarkt hat eine Entspannung erfahren und es wird Ihnen bekannt sein, daß die Einlagen bei den Sparkassen die Summe von 40 bis 50 Millionen erreichen. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung, an die kein Mensch gedacht hat. Es ist also möglich, einen Teil des benötigten Kapitals hieraus zu entnehmen. Zum anderen Teil muss es durch eine Auslandsanleihe aufgenommen werden. Bevor jedoch die Frage auf Unterbringung einer Auslandsanleihe geregelt ist, bin ich nicht in der Lage, Ihnen etwas näheres zu sagen.

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer!

hmelzer (DSV): Ich möchte den Herrn Staatskommissar fragen, ob der französische Staat etwas zur Erstellung von Wohnungen für die Zollbeamten getan hat?

aatskommissar Dr.Heim: Nein!

rsitzender: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Wir stimmen ab. Wer die Vorlage annimmt, möge die Hand erheben. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Meine Herren! Ich schlage vor, in die Mittagspause einzutreten und um 1/2 3 Uhr wieder zu beginnen. Widerspruch erhebt sich nicht. Die Sitzung ist also vertagt bis 1/2 3 Uhr.

Schluss 12 Uhr 15 Minuten.

- P a u s e -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Nachmittagssitzung

am 31.März 1925.

---

rsitzender: Meine Herren! Wir fahren in der Beratung fort.(2 Uhr 45 Minuten.)

Meine Herren! Es jagt eine Hiobsbotschaft die andere. Soeben wird die Meldung verbreitet von einem Unglück der deutschen Reichswehr. Aus Detmold wird gemeldet:

Bei einer Felddienstübung der Reichswehr in der Gegend von Minden i.W. an der 4 Bataillone, eine Artillerieabteilung, eine Kraftfahrabteilung und das Pionierbataillon 6 teilnahmen, sind ungefähr 100 Soldaten in die Weser gestürzt, von denen die Hälfte vermißt wird.

Diese Meldung wird im deutschen Vaterland tiefstes Mitgefühl auslösen. Ich darf mich zum Dolmetscher des Landesrates machen und der Reichsregierung innigstes Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

Sie haben sich von Ihren Sitzungen erhoben, ich danke Ihnen.

Wir kommen dann zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.

Organisation des Wohlfahrtswesens im Saargebiet.

Das Wort hierzu hat der Berichterstatter,Herr Pfarrer Wilhelm.

helm (Z.): Meine Herren! Im Auftrage der VIII. Kommission des Landesrates, welcher der Ihnen vorliegende Verordnungsentwurf betr.Organisation des Wohlfahrtswesens im Saargebiet zur Vorberatung überwiesen war, habe ich Ihnen folgenden Bericht zu erstatten:

Die Kommission hat in ihren Sitzungen vom 3.,10. und 18. ds. Mts. folgendes beschlossen:

§ 1

der Vorlage wird einstimmig angenommen.

In § 2

werden die Anfangsworte:" Zum Zwecke " gestrichen, sodaß der Paragraph beginnt:" Der Wohlfahrtspflege usw."..... .

In § 3

werden in der 5. Zeile hinter dem Wort:" Schwachen" eingesetzt: "einschließlich der Kriegsopfer."

Der Absatz 2 wird gestrichen und an dessen Stelle tritt folgende Fassung:

"Dem Hauptwohlfahrtsamt steht ein Beirat zur Seite, der bei wichtigen Anlässen gutachtlich zu hören ist.

Vorsitzender des Beirates ist der Leiter des Hauptwohlfahrtsamtes bezw. dessen Stellvertreter.

Dem Beirat gehören als Mitglieder an:

1) je ein Vertreter der Schule, Justiz und Gesundheitspflege,
2) je ein Vertreter der Kreiswohlfahrtsämter,
3) je ein Vertreter der anerkannten Wohlfahrtsorganisationen.

Diese Fassung wird einstimmig angenommen.

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

In § 4

wird das Wörtchen "und" zwischen den Worten: "Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gestrichen und angefügt:" und Schwerunfallverletzte", sodaß die Fassung lautet:

"die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Schwerunfallverletzte."

Desgleichen werden folgende 2 Ziffern dem § 4 angefügt:

5) die Gefangenenfürsorge,
6) die Gefährdetenfürsorge.

Diese Änderungen werden einstimmig angenommen.

In § 5

Absatz 2 wird in der ersten Zeile das Wörtchen:" und " durch ein Komma ersetzt. Hinter dem Wort:" heilende "wird eingefügt: "und versorgende ." Der Satz lautet demnach: " Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf vorbeugende, heilende und versorgende Maßnahmen.

Diese Änderung wird einstimmig angenommen.

§ 6

bleibt unverändert bestehen.

In § 7

wird in der vierten Zeile hinter das Wort:" Arbeitsvermittlungsstelle " eingefügt:" beim Arbeitsamt."
Der letzte Halbsatz, welcher lautet:

"soweit nicht armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit vorliegt"

wird gestrichen.

Diese Änderung wird einstimmig angenommen.

§ 8

wird einstimmig angenommen.

Zu § 9

wird der Antrag eingebracht, diesen Paragraphen wie folgt zu fassen:

" Vorsitzender des Beirates ist der Landrat, in der Stadt Saarbrücken der Bürgermeister bezw. deren Stellvertreter. Dem Beirat gehören als Mitglieder an:

1. Je ein Vertreter der Schule, Justiz und Gesundheitswesens,
2. 4 Vertreter der Bürgermeistereien bezw. Gemeinden,
3. je 2 Vertreter der anerkannten Wohlfahrtsorganisationen.

Ein

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

Ein Mitglied beantragt. die Ziffer 4 der Vorlage beizubehalten. Ein weiteres Mitglied beantragt, auch einen Vertreter der freireligiösen Gemeinden im Beirat aufzunehmen und die Ziffer 4 wie folgt zu fassen:

" 4) je ein Geistlicher katholischer und evangelischer Konfession, ein Rabbiner und je ein Vertreter der freireligiösen Gemeinden, soweit solche bestehen."

Der Absatz 2 wird entsprechend geändert.

Eine Abstimmung über die Anträge zu § 9 fand nicht statt, da sich die Parteien ihre endgültige Stellungnahme noch vorbehielten.

§ 10

wird ohne Änderungen angenommen.

Zu § 11

stellt ein Mitglied den Antrag, dem Paragraphen folgende Fassung zu geben:

"Die Wohlfahrtsämter sind verpflichtet, die öffentliche Wohlfahrtspflege nach jeder Richtung hin auszubauen und die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zu Organen der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu entwickeln."

Für diesen Antrag stimmen 2 Mitglieder.

Die anderen Mitglieder behalten sich ihre Stellungnahme vor.

In § 12

soll der erste Satz folgende Fassung erhalten:

"Die Wohlfahrtsämter sind gleichzeitig amtliche Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Schwerunfallverletzte."

Die §§ 13 und 14

bleiben unverändert bestehen.

Die Kommission empfiehlt dem Plenum die Vorlage entsprechend den Beschlüssen der Kommission- zur Annahme.

Meine Herren! Hierzu noch einige kurze Worte. Viel Worte zu machen, halte ich nicht für nötig. Die vielen Worte können auf diesem Gebiet am wenigsten nützen. Der Staat hat verhältnismäßig spät angefangen, sich mit der Wohlfahrtspflege zu befassen. Namentlich die Kirche und unsere Orden haben auf diesem Gebiete Unsterbliches geleistet und die innere Mission bei den Evangelischen hat sich auf diesem Gebiet auch ganz großartige Verdienste erworben. Wenn die Kirche und die private Liebestätigkeit heute nicht mehr imstande sind, die alten Aufgaben im alten Umfange zu übernehmen, so liegt dies vielfach an dem Elend und an der Not der Zeit, in dem der Kirche und den privaten Stellen nicht mehr die nötigen Mittel

zur

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

zur Verfügung stehen und da begrüßen wir es, wenn der Staat, der früher mehr Rechtsstaat gewesen ist, auch Wohlfahrtsstaat wird. Der Entwurf ist nichts Neues im Saargebiet. Er bedeutet nur eine Zusammenfassung des bisher bestehenden Zustandes. Der Entwurf ist, wenn ich so sagen soll, eine Kodifizierung des Bestehenden und eine einheitliche, planmäßige, nach größeren Gesichtspunkten zusammengefügte Organisation des gesamten Wohlfahrtswesens im Saargebiet. Uns vom Zentrum hat es voll befriedigt, daß die Mitarbeit an der privaten Wohlfahrtspflege und der freiwilligen Liebestätigkeit so ausgesprochenermaßen betont wurde. Es ist das auch ganz im Einklang mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz, wie es drüben im Reiche schon seit einem Jahre segensreiche Tätigkeit entfaltet. Dort sehen wir, daß die private Wohlfahrtspflege geradezu vom Gesetzgeber gefordert wird und zur Verantwortlichen Mitarbeit herangezogen ist. Ähnlich soll es auch im Saargebiet sein. Die Denkschrift läßt darüber gar keinen Zweifel. Die Denkschrift sagt, daß die Regierung nicht beabsichtigt, durch diese Regelung sich ein Monopol auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens zu schaffen, sondern sie betont die Selbständigkeit der Geminden, Kreise und Bezirkswohlfahrtsämter, wie auch die private Wohlfahrtspflege. Ferner sagt die Denkschrift, daß die Regierung bereit ist, die private Wohlfahrtspflege zu fördern und zu stützen, sie nicht etwa nur heranzuziehen und anzuregen, sondern auch materiell zu unterstützen .

Und deshalb begrüßen wir es, daß die privaten Anstalten, die Krankenhäuser, Waisenhäuser, die Kindererholungsheime, Kinderhorte usw. in Zukunft auch von der Regierung periodisch unterstützt werden, damit sie ihr Ziel erreichen können. Deshalb ist uns dieser Entwurf sympathisch. Wir erwarten, daß das, was die Denkschrift so schön sagt, daß die Selbständigkeit nicht angetastet werden soll und die Selbständigkeit der kommunalen Instanzen gewahrt bleiben soll, nicht etwa eine Phrase ist, sondern auch in die Tat umgesetzt wird. Wir erkennen der Regierung und Kommunalbehörden gerne das Recht zu, daß sie die Mittel, die sie auswerfen, auch in ihrer Verwendung kontrollieren können. Es wäre merkwürdig, wenn eine Instanz, die so große Mittel aufbringt für die Wohlfahrt des Volkes und die Wohlfahrt der einzelnen Anstalten, nicht das Recht hätte, nachzusehen, daß die Mittel auch ihrem Zwecke zugeführt werden. Wir können also unsererseits die Vorlage nur begrüßen.

Nun gilt es noch Stellung zu nehmen zu einzelnen Anträgen, die in der Kommission nicht erledigt werden konnten. Der Antrag zu § 9 Ziffer 4 lautet:

> 'je ein Geistlicher katholischer und evangelischer Konfession, ein Rabbiner und je ein Vertreter der freireligiösen Gemeinden, soweit solche bestehen.'

Ich habe schon eben gesagt, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat, da sich die Parteien ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten haben. Wir stimmen dieser Fassung insoweit zu, als ein Geistlicher katholischer und evangelischer Konfession und ein Rabbiner als Mitglieder dem Beirat angehören.

(Zuruf Petri: Und die anders Denkenden ?)

Im Reich drüben ist es genau so. In Preußen, Baden, Hessen und verschiedenen anderen Landesteilen ist nur Sitz und Stimme für einen Vertreter der katholischen und evangelischen und jüdischen Konfession, also der drei anerkannten Religionsgesellschaften. Freireligiöse Gemeinden kenne ich überhaupt nicht.

(Zurufe: Hört, hört !)

<u>Ich</u>

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Ich kenne wohl Sekten, wie Bibelforscher, Apostolische Gemeinde, Friedensreichbund usw., aber keine freireligiöse Gemeinde. Wir können hier nur die drei anerkannten Religionsgemeinschaften bei diesem Gesetz berücksichtigen. Das ist keine Intoleranz. Ich betone noch einmal, was in Preußen, in Hessen und in Baden recht ist, kann uns billig sein.

Dann kommt der zweite Antrag in § 11.

"Die Wohlfahrtsämter sind verpflichtet, die öffentliche Wohlfahrtspflege nach jeder Richtung hin auszubauen und die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zu Organen der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu entwickeln."

Diese Fassung können wir vom Zentrum nicht billigen, denn das bedeutet den Tod der freiwilligen Liebestätigkeit, und diese geht uns noch vor der staatlichen und öffentlichen. Sie steht uns viel höher. Vielleicht haben Sie in der letzten Zeit den Bericht des Caritasverbandes für die Stadt Saarbrücken gelesen über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1923/24. Da werden Sie gesehen haben, was auf katholischer Seite für herrliche und großartige Erfolge in der privaten Liebestätigkeit zu verzeichnen sind, insbesondere die herrlichen Verdienste in der Fürsorge für das Armenwesen, im Fürsorgewesen für gefährdete Mädchen, in der Waisenpflege, in der Unterbringung der Kinder usw. Das setzt jeden in Erstaunen, wenn man bedenkt, wie wenig in der Öffentlichkeit diese Tätigkeit hervortritt. Wir verstehen deshalb nicht, wie man der privaten Wohltätigkeit die Existenz rauben kann und diese Fassung ist nichts anderes, als der Tod der freiwilligen Liebestätigkeit. Wir bleiben deshalb bei der Fassung des Entwurfs.

Damit hätte ich meine Aufgabe als Berichterstatter gelöst und betone noch einmal, viele Worte zu machen und große Reden zu halten ist nicht nötig. Jedoch halte ich für nötig, daß wir einen Apell richten an alle, die eine volle Tasche haben, wie heute morgen Herr Dr. Bender gesagt hat: ' Taschen auf! Taschen auf ! ' Und nicht so viel geredet. Praktische Arbeit und wenig Reden !

B r a v o - R u f e !

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

zender: Das Wort hat der Abgeordnete Schneider !

der (S.P.): Meine Herren! Die Wohlfahrtspflege setzt sich zur Hauptaufgabe, da einzusetzen, wo durch Unglück, Not und Tod ein Hilferuf erschallt. Und wenn man die wundervolle Einigkeit sieht, die bei der heutigen Beileidskundgebung für die Opfer von Merlenbach und Minden im Landesrat herrschte, sollte man annehmen, daß wir bei Beratung des Kommissionsentwurfes sehr schnell einer Meinung sein könnten. Das ist leider nicht so. Und gerade die heutigen Verhandlungen, bei denen der Gedanke der Wohlfahrt besonders groß sein müßte, haben gezeigt, daß zwar eine große Einigkeit von Herrn Reinhard bis zu Herrn Kiefer festzustellen ist,

(Zurufe vom Zentrum: Oho ! - Unruhe -!)

daß aber der Abgeordnete Schmelzer sich seine Beileidsrede außerordentlich leicht gemacht hat.

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zuruf Schmelzer: unverständlich !)

Der Abgeordnete Wilhelm sagte, wir sollen nicht viel Worte machen, sondern rasch zur Tat schreiten. Wir sind umgekehrter Meinung, daß wir, um zur Tat zu kommen, erst einmal dem Wort den Vorzug lassen müssen. Trotz aller Beileidskundgebungen sind wir uns innerlich absolut nicht einig. Es klafft ein tiefer Riß zwischen rechts und links, wobei die Linke von Herrn Reinhard bis Herrn Kiefer geht und die Rechte von Herrn Kiefer bis ganz rechts.

(Unruhe beim Zentrum)

Was nützt den Opfern von Merlenbach, wenn Flaggen auf Halbmast wehen, wenn nicht aus dem Leid die Sorge herauswächst, die Fürsorge für die Hinterbliebenen, die Vorsorge, daß nicht erneut ein solches großes Grubenunglück geschieht und erneut Opfer fordert! Das ist die Frage, die heute unter dem frischen Eindruck des Schreckens von Merlenbach, jedes Gemüt bewegt, das noch nicht ganz verdorrt ist im Egoismus des Profithungers. Aber auch dann, wenn wir ohne besondere Ursache, also kühl und leidenschaftslos, von einer Hilfe für die Armen und Elenden sprechen, müßten Fürsorge und Vorsorge die Kernpunkte unserer Beratung und leitende Motive sein. Soziale Armut, körperliches Leid und seelische Not durch Beseitigung ihrer Ursachen verhindern und, wo Menschengeist und Menschenkraft versagen, die Folgen dieses Versagens mit allen Mitteln lindern und heilen: Das müßte das Leitmotiv aller Wohlfahrtspflege sein, wie wir sie auffassen ! Hier aber scheiden sich die Geister; denn wo wir Sozialisten in der Verwirklichung des eben genannten Leitmotivs aller Wohlfahrtsarbeit eine Pflicht der Volksgesamtheit und ein Recht des Einzelnen erblicken, sieht das Kapital nur ein hochwillkommenes Recht seiner selbst und eine Dankespflicht seiner nach Würdigkeit klassifizierten Opfer.

Ich denke bei dieser Gegenüberstellung von kapitalistischer und sozialistischer Wohlfahrtspflege nicht nur an das Heer der Gedankenlosen, die zum Besten der Armen tanzen, Sekt trinken, sich amüsieren und im Konzertsaal einen Kleiderluxus entfalten, dessen Kosten hinreichen könnten, die Hungernden einer Großstadt auf lange Zeit satt zu machen; auch nicht nur an das Heer der Frommen und Scheinheiligen, die die Werke

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

der Barmherzigkeit nur deswegen ausüben, um hier von den Menschen geehrt i und im Jenseits belohnt zu werden. Ich denke auch nicht in erster Linie an dasn Heer der Engherzigen, die in parteipolitischer oder konfessioneller Verblendung das Maß ihrer Gabe von der Würdigkeit des Bettlers abhängig machen; auch nicht an das Heer der Hartherzigen, die ihr Schoßhündchen mit Leckerbissen füttern und hungernde Proletarierkinder von der Türe weisen. Ich denke vor allem an den verhältnismäßig kleinen aber schier allmächtigen Kreis derjenigen, die es verstehen, in ihrem krassen Egoismus erst das Elend schaffen,um dann aus der Milderung dieses Elends einen mit Mäßigkeit betriebenen angenehmen Sport zu machen:

Der Industriekönig braucht zur Befriedigung seines Geld- und Machthungers neue Rostoff- und Absatzgebiete. Er hetzt, um dies zu erreichen, das Proletariat in den Krieg,verdient,während die Proleten in der Heimat verhungern und an der Front verrecken- verzeihen Sie das Wort-,seine Millionen und Milliarden; und wenn der Krieg aus ist, gibt er einen Bettelpfennig für die Opfer des Krieges. Zwischendurch raubt er,wie wir es heute morgen bei der Kundgebung für die Opfer von Merlenbach gesehen haben, durch ein brutales Antreibersystem auf der einen Seite und durch Vernachlässigung der Sicherheitsmaßnahmen auf der anderen Seite den Proleten ihre geraden Knochen. Diese opfern ihre Lebenskraft dem Kapital; der Kapitalist aber gibt von den Millionen, die er durch den Schweiß der Proleten erobert hat, eine Spende für die Opfer der Arbeit. Seine Profitgier macht weder vor der werdenden noch vor der stillenden Mutter halt. Er reißt die Kinder von der Mutterbrust weg, trennt Mutter und Kind und bestimmt sich dann als Protektor in der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen,Säuglinge und Kleinkinder. Er zwingt die Frau zur Erwerbsarbeit,zerstört damit die gegenwärtige Grundlage der Familie und veröffentlicht dann in allen Zeitungen seine Spende für kinderreiche Familien.

Er sieht mit müßigem Hirn und ruhigem Herzen zu, wie die entkräfteten Leiber seiner Lohnsklaven verfallen,und tritt dann ein in den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Den von 10 bis 12 stündigen Arbeit zermürbten Proleten preßt er mit Frau und Kind in licht-und luftlose Mietskasernen zusammen,schafft aus dem Wohnungselend der Massen den Luxus seiner Villa und wird dann Vorsitzender eines Vereins für Wohnungsfürsorge und Hauskultur.

Gegen die Verzweiflungstaten des hungernden Proletariats ruft er Polizei und Gefängnis zu Hilfe und wird dann Präsident des Vereins für Gefangenenfürsorge. Da mancher nicht weiß, wohin mit der Lust seines Blutes, und ihm das Fabrikantenmädel unerreichbar ist, vergreift er sich an dem Fabrikmädel ,das Mut und Ehre nicht so sehr beschwert. Erst nennt er's Liebchen,dann gefallenes Mädel,dann Dirne. Die Dirne endet im Sumpf oder Zuchthaus, und derjenige, der sie zur Dirne gemacht hat, wird Vorsitzender des Vereins für gefallene Mädel.

(Zurufe: Sehr gut !)

Tausende dieser armen Geschöpfe jagt er durch Ungerleben und Verführung in die Arme der Prostitution,diesem notwendigen Übel, diesem Schandmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, verseucht mit seinem eigenen Blute tausende seiner Freudenmädchen und gründet dann einen Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Dem Industriekönig kommt der Agrargewaltige zu Hilfe: Er ist mit den Wucherpreisen für Lebensmittel und mit den Schutzzöllen nicht zufrieden. Daher stiehlt

er

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

er der Volksgesamtheit ungeheuere Mengen Kartoffeln und Brotgetreide, verdient an diesem Diebstahl am Volksgut Tausende, verwandelt Korn und Kartoffeln in Schnaps, verkauft das Gift, sieht zu, wie Tausende unglücklich werden, verdient bei diesem Geschäft Millionen und gibt dann einen Bettelbeitrag zur Trinkerfürsorge. Tausende von Sünden geschehen im Alkoholrausch, und am schlimmsten sind wohl die Sünden gegen die Geborenen, die dann als geistig und seelisch verkrüppelte und verkümmerte Kinder unsere Hilfsschulen und Idiotenheime bevölkern und ein Großteil des Materials unserer Zuchthäuser, Siechenheime und Krankenhäuser stellen. All diese Opfer gehen auf das Konto des Alkohols, und derjenige, der die Schuld daran trägt, der profithungrige Agrarier, wird Präsident des Vereins für Idioten- und Krüppelfürsorge. Die kapitalistische Weltordnung in ihrer Gesamtheit schreit, trefflich unterstützt von ihren lauten und leisen Helfern, nach Kindern wie Sand am Meere; und wenn die Not so groß geworden ist, durch übermäßige Bevölkerungszahl, daß das Volk dem Hunger anheimgegeben ist, gründet man einen Verein für wirtschaftlich Schwache. Mit seinen Klassen-und Standesschulen verweigert das Kapital dem Großteil der Jugend die für das Diesseits notwendige Körper-und Geistesbildung, schimpft auf die unbotmäßige, zügellose Jugend und läßt sich's dann was kosten in der Schaffung von Jugendfürsorge-Vereinen. Ich könnte, Ihnen meine Herren, die einzelnen Beispiele in's Unendliche vermehren. Ich will aber Ihre Zeit nicht unnötig in Anspruch nehmen und es für heute genug sein lassen.

Wir Sozialdemokraten verstehen unter Wohlfahrtspflege etwas anderes! Wir verzichten auf eine Wohlfahrtspflege, in welcher der Arme immer betteln muß und der Reiche immer geben darf. Wir verlangen vom Staat, als dem Repräsentanten der Volksgemeinschaft, daß er offiziell und unmittelbar sich der Armen und Elenden annimmt und die bisherige Organisation des Almosengebens zu einer Organisation der Volkspflicht macht. Wir verlangen weiterhin vom Staat, daß es nicht genug damit sein darf, die nun einmal gegebene Not zu lindern, sondern daß seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung und Beseitigung der Ursachen der Not liegen muß.

Diese Gegenüberstellung von kapitalistischer und sozialistischer Wohlfahrtspflege gibt uns auch den Maßstab zur Beurteilung der gegenwärtigen Vorlage. Die Vorlage weist eine Reihe von Mängeln auf:

Auf Seite 1 der Begründung wird zwar gesagt, daß "eine Reihe von Ungleichheiten in der bisherigen Wohlfahrtspflege sowie der Mangel einer gesetzlichen Handhabe, die einzelnen Kreis-und Bezirkswohlfahrtsämtern zu bestimmten Pflichtaufgaben anzuhalten," eine gesetzliche Regelung des gesamten Fragenkomplexes notwendig gemacht habe. Das ist ein begrüßenswerter Schritt vorwärts: und außerordentlich bedauerlich ist es, daß wenige Zeilen weiter aus dem einen Schritt vorwärts zwei Schritte rückwärts gemacht werden, ähnlich wie bei der Echternacher Springprozession, indem die Vorlage sagt, daß die Verordnung nichts Neues schaffen will, sondern nur das Vorhandene zusammenfassen und nach einheitlichen Gesichtspunkten organisieren will. Wir hätten erwartet, daß der erste offizielle Schritt nicht nur alles zusammenfaßt, sondern neue Wege geht, neue Ziele steckt, neue Mittel angibt, dies zu erreichen. So aber ist die Verordnung nur eine Konzession an die bisherige Praxis des Almosengebens, durch das Wort Wohlfahrt und die Einrichtung eines staatlichen Hauptwohlfahrtsamtes etwas modernisiert. Wir wissen nicht, ob diese Konzession nur eine diplomatische Verbeugung gegen diejenigen Kreise sein soll, die das Almosengeben als ein Privileg betrachten und jede Einmischung des Staates zu verhindern suchen,

oder

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

oder aber,ob die sonderbare Methode der Echternachen Springprozession tatsächlich auf die amtliche Wohlfahrtspflege übertragen werden soll. Daher möchte ich den Herrn Staatskommissar fragen, ob er befähigt und befugt ist,unsere Zweifel zu lösen und die Frage zu beantworten: Ob die Regierungskommission mit der uns vorgelegten Organisationsverordnung nur den gegenwärtigen,außerordentlich mangelhaften Zustand der vorhandenen Wohlfahrtspflege sanktionieren will oder die Absicht hat,aus den vorhandenen Ansätzen eine großzügige staatliche Wohlfahrtspflege zu entwickeln ? Vielleicht ist der Herr Staatskommissar wenn er es heute nicht kann, in der nächsten Sitzung in der Lage,Antwort zu geben.

Auf Seite 3 der Begründung werden die einzelnen Zweige der Fürsorge angegeben. Es wird gesprochen von allgemeiner Fürsorge,Gesundheitsfürsorge,soziale Fürsorge,Fürsorge für wirtschaftlich Schwache,Sonderfürsorge,namentlich der Fürsorge für die Jugend. Hier haben wir zu bemängeln,daß ein anderer Zweig der Fürsorge, die Fürsorge für die Gefährdeten und Gefangenen überhaupt nicht erwähnt ist. Wir sind der Ansicht,daß gerade diese Fürsorge für diejenigen, die durch Schicksal und Schuld vom rechten Wege abirren,notwendig ist. Ich möchte daher an den Herrn Staatskommissar die zweite Frage richten,ob die Regierungskommission gewillt ist, der Sonderfürsorge für Gefährdete und Gefangene besonderes Augenmerk zuzuwenden und dem Landesrat baldigst eine diesbezügliche Vorlage zukommen zu lassen?

Auf Seite 4 bis 9 der Begründung werden die einzelnen Zweige der Gesundheitsfürsorge angeführt. Es sind 9 Punkte, die auch in § 5 der Vorlage genannt sind. Zu Punkt 1 bis 7 der allgemeinen Fürsorge gibt die Denkschrift eine Begründung. Es fehlt eine Begründung zu den Punkten 8 und 9: Fürsorge für Genesende und Wohnungsfürsorge. Es fällt auf,daß gerade über die 2 wichtigsten Punkte, die Fürsorge für Kranke und Genesende und über das wichtigste Problem der Wohnungsfürsorge kein einziges Wort gesagt wird. Deshalb möchte ich an den Herrn Staatskommissar die dritte Frage richten, ob die Regierungskommission gewillt ist, sämtliche Fragen der Gesundheitsfürsorge grundsätzlich und gesetzlich zu regeln und die erforderlichen Entwürfe dem Landesrat alsbald vorzulegen ?

Auf Seite 9 der Begründung wird von Jugendfürsorge gesprochen. Wir wissen bereits, daß die Einführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes im Saargebiet geplant ist und habe im Verein mit anderen Abgeordneten dieses Hauses an der ersten Beratung dieses Gesetzes teilgenommen. Ich habe mich außerordentlich gewundert,daß die Regierung hier tatenlos zusieht, wie in den Beratungen 2 Stunden darüber gestritten wird, ob die Wohltätigkeit der Kommunen eine Selbstverwaltung oder eine unübertragene Verwaltung sei. Die anwesenden Geistlichen und Pädagogen hatten für diese juristischen Spitzfindigkeiten kein Verständnis. Denn viel wichtiger als die Abgrenzung der Rechtsfrage ist die Frage, wann wir endlich die Einführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes erhalten: und deswegen möchte ich noch folgendes sagen: Wenn das neue Jugendwohlfahrtsgesetz abermals nichts weiter sein soll, als eine Angelegenheit der Juristen, dann könnten wir beim alten Fürsorgegesetz von 1900 bleiben. Niemals hat ein Gesetz an unserer Jugend mehr gesündigt,wie dieses Fürsorgegesetz von 1900. Als Sünder kamen die Kinder in die Fürsorge, und als Verbrecher kamen sie heraus. Das,was sie nicht wußten,haben sie dort gelernt. Wir verlangen von der Regierung,daß das neue Gesetz nicht nur eine Angelegenheit der Juristen,sondern vor allem der Ärzte und Pädagogen ist. Dann erst wird die Jugendwohlfahrt in der Lage sein,etwas nützliches zu leisten. Ich richte daher an den Herrn Staatskommissar die vierte Frage: Ob die Regierungskommission

gewillt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

gewillt ist, in der Praxis der neuen Jugendwohlfahrt neben den Paragraphen der Justiz, die Forschungen der Medizin und die Erfahrungen der Pädagogik zu verwerten und in dem in Vorbereitung befindlichen Jugens-Wohlfahrtsgesetz gesetzlich zu verankern ?

Dann gibt die Denkschrift kurze Erläuterungen über die Fürsorge für wirtschaftlich Schwache. Sie spricht da von Beratungsstellen, Auskunftserteilungen über Rechts-und Wirtschaftsfragen, die sonst nicht geklärt werden konnten, über Arbeitsvermittlung, über Erwerbsbeschränkten-Unterstützung durch ein-und mehrmalige Beihilfen. Dieser kümmerliche Hinweis genügt und nicht. Wir wissen aus Erfahrung, daß mit den periodischen Beihilfen oft ein ungeheurer Unfug getrieben worden ist, indem diese Beihilfen nicht verteilt wurden nach Bedürftigkeit, sondern die Würdigkeit wurde in den Vordergrund geschoben. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie selbst mit gutem Beispiel vorangeht, nicht mit Almosen, sondern daß sie die gesetzliche Grundlage schafft, auf gesetzlichem Wege Mittel aufbringt, um Mittel zur Hand zu haben, alle Notleidenden zu unterstützen. Ich richte daher an den Herrn Staatskommissar die fünfte Frage: Ob die Regierungskommission gewillt ist, durch eine gerechte Steuerpolitik die Mittel für die soziale Fürsorge grundlegend zu erhöhen, für eine gerechte Verteilung zu sorgen und dem Landesrat baldigst einen Verordnungsentwurf über die gesetzliche Regelung der sozialen Fürsorge vorzulegen.

Meine Herren! Ich komme gleich zum Schluß. Viele Mängel haben wir an dem Entwurf auszusetzen. Die vielen Anträge, die wir in der Kommission gestellt haben, wurden zum größten Teil von der Kommission angenommen. Unstimmigkeiten bestehen noch bei § 9 und 11. Es ist meine Aufgabe, die Anträge zu begründen. Wir haben zu § 9 den Antrag gestellt:

"Vorsitzender des Beirates ist der Landrat, in der Stadt Saarbrücken der Bürgermeister bezw. deren Stellvertreter. Dem Beirat gehören als Mitglieder an:

1) Je ein Vertreter der Schule, Justiz und des Gesundheitswesens,
2) 4 Vertreter der Bürgermeistereien bezw. Gemeinden,
3) je 2 Vertreter der anerkannten Wohlfahrtsorganisationen."

Den Punkt 4 des § 9 lehnen wir ab aus folgenden Gründen:

Die in der gegenwärtigen Vorlage vorgesehene Regelung ist, wirtschaftlich gesprochen, ein gemischt wirtschaftlicher Betrieb, an dem Staat, Kommune und private Wohltätigkeit interessiert sind: also müßten auch in Beiräten, den Aufsichtsräten der Gesellschaften, diese drei Körperschaften vertreten sein. Die Kirche ist weder eine staatliche noch eine kommunale Einrichtung, kann also weder unter Ziffer 1 noch Ziffer 2 der Mitgliederliste des Beirates vertreten sein; ihr Platz ist vielmehr unter Ziffer 3, freie Wohlfahrts-Tätigkeit, wo sie tatsächlich vertreten ist durch den Caritas-Verband und die evangelische Wohlfahrtspflege. Aus diesen Gründen lehnen wir in § 9 der Vorlage die Ziffer 4 ab und beantragen, diesem Paragraphen die in der Kommission vorgeschlagene Fassung zu geben. Sollte dieser Antrag nicht durchgehen, so stellen wir einen Eventual-Antrag, daß neben den katholischen, evangelischen und jüdischen Religionsgesellschaften auch die freireligiösen Gesellschaften Sitz und Stimme erhalten. Wenn also die Ziffer 4 beibehalten wird, so beantragen wir, daß der Rabbiner und die freireligiösen Gesellschaften hinzugesetzt werden. Es bleibt

noch

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

noch der § 11.

Auch da sind wir für unserern Antrag, und wir sehen in der von uns vorgeschlagenen Fassung des § 11 absolut nicht den Tod der freien Liebestätigkeit. Wir stellen uns nämlich die Sache so vor, daß der Staat alle vorhandenen Kräfte dazu benutzt, um großzügig die Wohlfahrtspflege auszubauen. Wir sind der Ansicht, daß der Staat der primus inter pares sein muß. Denn nur der Staat hat die Mittel in der Hand, die finanzielle Grundlage der Wohltätigkeit so zu gestalten, daß sie in der Praxis wirksam wird. Niemals wird die private Wohltätigkeit durch Betteleien und Almosen, besonders in den Zeiten der heutigen Not, in der Lage sein, sich die Mittel zu beschaffen, die notwendig sind. Der Staat aber hat das Mittel, durch gerechte Steuerpolitik, durch Besteuerung des Besitzes, und dadurch, daß er die Steuern da hernimmt, wo sie sind, in der Hand, die Mittel für die Wohlfahrtspflege aufzubringen. Deshalb müssen wir ihm schon in der Organisation der Wohlfahrtspflege die Führung einräumen.

(Zuruf Pfarrer Wilhelm: Für die leibliche Fürsorge, aber nicht für die seelische!)

Der Staat wird, um auf den Zwischenruf einzugehen, die Seele der Jugendlichen sicherlich nicht vergessen.

(Zuruf Pfarrer Wilhelm: Dazu gehört eine feste sittliche Weltanschauung!)

Sie geben zu, Herr Abgeordneter Wilhelm, daß die feste sittliche Weltanschauung bei den Protestanten genau so gut wie bei den Katholiken herrscht, und daß die jüdischen Organisationen und die Dissidenten ebenso wie die Kirche eine Wohlfahrtspflege treiben. Wenn Sie auf Ihrem Standpunkt beharren, tun Sie mir außerordentlich leid, denn dann sagen Sie hier nicht die Wahrheit.

(Zuruf Pfarrer Wilhelm: Im Landesrat sage ich auch die Wahrheit, gerade wie auf der Kanzel. Das ist Unsinn!)

Wir bleiben auf unseren Anträgen zu den §§ 9 und 11 bestehen und wünschen, daß darüber abgestimmt wird.

Wenn wir auch eine ausführliche Kritik an der Vorlage vornehmen mußten, so wollen wir doch anerkennen, daß wir in der Vorlage den ersten Schritt sehen, einmal aus dem bisherigen Getriebe, aus dem Unfug des Bettelns und Almosengebens herauszukommen; und deshalb geben wir folgendes Gutachten ab:

" Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrates stimmt dem Verordnungsentwurf betreffend Organisation des Wohlfahrtswesens im Saargebiet unter ausdrücklichem Hinweis auf die ihrerseits gestellten Anträge zu den §§ 2,3,4,5,7,9,11 und 12 zu. Sie sieht in der Verordnung den ersten Schritt, die bisherige Praxis des Bettelns bezw. Almosengebens zu einer Pflicht der Gemeinschaft bezw. einem Recht der Notleidenden zu entwickeln und erwartet, daß die aus dem vorliegenden Organisationsstatut herauswachsenden Einzelverordnungen den Grundsatz von Recht und Pflicht konsequent zur Tat werden lassen. Insbesondere verlangt die Fraktion :

1) eine Lohn-und Gehaltspolitik, die den vollerwerbsfähigen Staatsarbeiter-, Angestellten und Beamten von der Wohlfahrtspflege unabhängig macht und damit auch die Privatwirtschaft zu einer menschenwürdigen Entlohnung ihrer Arbeiter, Angestellten

und

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

und Beamten zwingt;

2) erhöhte Fürsorge für Kurzarbeiter und Arbeitslose Erwerbsbeschränkte und Erwerbsunfähige (Altershilfe);

3) Einführung des Betriebsrätegesetzes und Ausbau der gesamten Arbeiterschutz-und Arbeiterrechts-Gesetzgebung, damit die Arbeiterschaft die Verhütung von Unfällen tunlichst selbst in die Hand nehmen kann;

4) tunlichst baldige Überprüfung der Fürsorge für die Opfer der Arbeit (Schwerunfallverletzte, Pensionäre, Kleinrentner) mit dem Ziel einer gerechten Erhöhung ihrer Bezüge;
siehe Denkschrift der Angestellten,
siehe Anträge hinsichtlich der Steuerfragen,
siehe Antrag zum 1. Mai (psychische Wohlfahrt)

5) zeitgemäße Erhöhung der Unterstützungen der Kriegsopfer,

6) Einführung des Reichs-Jugendwohlfahrts-Gesetzes,

7) gesetzliche Regelung aller übrigen Zweige der Wohlfahrtspflege unter besonderer Berücksichtigung der Aufbringung und Verteilung der finanziellen Mittel.

Die Fraktion erwartet, daß die Regierungskommission des reparationsfreien Völkerbundslandes eine Wohlfahrtsgesetzgebung schafft, die sowohl in ihren theoretischen Grundsätzen als auch in ihren praktischen Auswirkungen jeglicher Wohlfahrtspflege der Welt ein Muster und Vorbild sein kann."

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Schneider hat mir eine Reihe von Fragen vorgelegt, über die ich, soweit sie mit dem Gegenstand der Beratung in Zusammenhang stehen, folgendes zu sagen habe. Jeder, der die Kommissionsverhandlungen objektiv verfolgt hat, wird mit mir darin einig gehen, daß alle diese Fragen bereits genügend geklärt worden sind. Es ist in der Kommission von mir zu wiederholten Malen betont worden, daß die gegenwärtige Vorlage nur ein Rahmengesetz darstellt und sich aufgrund dieses Rahmengesetzes die Fürsorgegesetzgebung im einzelnen aufbauen wird.

Was die Frage über den Umfang der staatlichen Wohlfahrtspflege betrifft, bringt § 11 des Entwurfs klar und eindeutig zum Ausdruck, daß staatliche und private Wohlfahrtspflege Hand in Hand gehen soll. Es ist nicht beansichtigt, die private Wohlfahrtspflege aufzugeben und ein Monopol für die staatliche Wohlfahrtspflege zu schaffen., Die private und staatliche Wohlfahrtspflege soll zusammenwirken zum Besten des Volkes. Damit habe ich die Frage 1 beantwortet.

Die Fragen 2, 3 und 4 betreffen Gegenstände, mit denen sich der Landesrat bei Vorlage der einzelnen Verordnungsentwürfe später noch eingehend zu befassen haben wird. Der Herr Abgeordnete Schneider hat die Einführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes gefordert. Als Mitglied des vorbereitenden Ausschusses für diese Materie ist ihm bekannt, daß die Regierung die sofortige Einführung dieses Gesetzes beabsichtigt. Wenn in diesen Beratungen, die wie gesagt, nur vorbereitenden Charakter haben, längere juristische Erörterungen gepflogen werden, so darf daraus geschlossen werden, daß die Behandlung dieser Gesetzesmaterie eine reine Angelegenheit der Juristen sein soll, es werden hierbei vielmehr alle Faktoren, die von Herrn Schneider gefordert werden, Berücksichtigung finden.

Was die 5. Frage des Herrn Abgeordneten Schneider betrifft, glaube ich, daß von niemand im Haus gewünscht wird, daß die Regierung außer den vorhandenen Steuervorlagen anläßlich der Vorlage über die Wohlfahrtspflege noch weitere Steuervorlagen macht. Für die Wohlfahrtspflege ist allein wichtig, daß die Regierungskommission ihren Wohlfahrtsetat so gestaltet, daß wirklich Wohlfahrt getrieben werden kann.

Vorsitzender

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Eifler!

Eifler (K.P.): Meine Herren! Jch will im Anbeginn meiner Ausführungen auf etliche Ausführungen meiner Herren Vorredner eingehen. Es hat der Redner vom Zentrum gesprochen, daß das Elend der Zeit nicht an der jetzt herrschenden Klasse oder sonst irgend jemand liegt, sondern er sagte, das liegt an der Not der Zeit. Das ist eine sehr billige Erklärung. Erklären Sie bitte nächstens, woher die Not der Zeit stammt, welche Ursachen sie hat. Sagen Sie aber nicht, daß es eine Strafe Gottes sei. Jch glaube, Sie würden sagen, wie mir eine Schwester im Lazarett gesagt hat, "wen Gott lieb hat, den züchtiget er."

(Zuruf Pfarrer Wilhelm: "Mätzchen!")

(Lachen)

Meine Herren! Das Zentrum lacht! Das Zentrum ist genau wie eine Katze, die, wenn man sie zum Fenster hinaus wirft, immer auf die Pfoten fällt. Sie haben vorhin gelacht, jetzt lache ich; darüber, weil sie an die vollgefüllten Taschen appelliert haben. Meine Herren! So naiv sind wir nicht. Von Jhrem Appell werden die Notleidenden nichts verspüren. Die Taschen auf! Versuchen Sie einmal die Taschen aufzumachen, wenn Sie nichts haben und diejenigen, welche etwas haben, werden durch ihre Maßnahmen die Taschen nicht aufmachen.

(Unruhe -Schelle des Vorsitzenden-)

Jch kenne Jhre Farbe (zum Zentrum).

Es hat der sozialdemokratische Redner zu Beginn seiner Ausführungen das kapitalistische System gestreift, er hat aber vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, so wiees bei den Sozialdemokraten üblich ist, nichts gesagt und hat auf den Völkerbund die Hoffnung gesetzt, daß er die Regierungskommission anweist, ein Wohlfahrtsgesetz auszuarbeiten, welches die Menschheit glücklicheren Zeiten entgegenführen soll.

(Zuruf Schneider: "Mit dem Moskauer Wohlfahrtsgesetz sind wir noch schlimmer dran!")

Er (soz.Redner) hat gesagt, daß auch, den 1.Mai als gesetzlichen Feiertag zu machen, auch eine Wohlfahrtsforderung sei.

(Zurufe: "Jhr seid doch auch dabei!")

Bitte schön, wir sind dabei, aber es mutet komisch an, da die Sozialdemokraten im Reich ihren Parteigenossen den 1. Mai verboten haben.

(Zuruf Heckler: "Sehr richtig!")

Durch den imperialistischen Krieg haben die Moralprediger Milliarden Kriegsgewinne eingesteckt. Meine Herren! Wir sind der Ansicht, daß die Wohlfahrtspflege ins rechte Licht gestellt werden muss. Wir sind weiterder Ansicht, daß die Wohlfahrtspflege in einem kapitalistischen Staat

zur

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

zur Unfähigkeit verdammt ist, denn sie ist ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Dazu kommt noch, daß eine kapitalistische Staatsmaschinerie kein Jnteresse daran hat, große Summen auszuwerfen zu einer Wohlfahrtspflege, sondern sie wird zu der Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Unterdrückung derselben ihre gesamten Mittel anwenden. Die heutige Staatsordnung, unter der auch die hohe Saarregierung steht, kann sich nur aufrecht erhalten, wenn sie das Lebensniveau der Arbeiterschaft niederhält, denn nur so ist sie in der Lage, einen Mehrwert aus der Arbeiterschaft herauszuholen, um ihre Provitgier zu stillen. Dieses Gesetz betr. der Wohlfahrtspflege ist nichts anderes, als eine Beruhigungspille im wahrsten Sinne des Wortes. Wir können der Regierung nicht das Vertrauen entgegenbringen, daß sie gewillt ist, eine Wohlfahrtspflege zu betreiben, die zur Zufriedenheit der Notleidenden gereicht. Zu einer Regierung, die es in ihrem Verwaltungskörper ermöglicht, daß Millionen von Steuern hinterzogen werden können, haben wir nicht das Vertrauen, daß dieselbe an einer Wohlfahrtspflege interessiert ist.

(Zurufe: "Hört, hört!")

Wenn weiter die Regierung zwei abgesägten Verwaltungsbeamten 80.000.-Franken nachwirft, und die Stadt Saarbrücken dem Beigeordneten Hobohm auf 5 Jahre sein Gehalt bewilligt, während er nicht arbeitet, wenn desgleichen weiter der Bürgermeister Ludwig von Neunkirchen zu seiner Pension noch eine weitere Erhöhung von 25 % gefordert, wo er schon 2.581.-Franken hat, so beweist all dies, welches Jnteresse für eine Wohlfahrtspflege vorhanden ist. Jch habe in der betr. Stadtratssitzung beantragt, daß diese von dem Bürgermeister beantragte Erhöhung anderen armen Gemeindemitgliedern zugute kommt. Weit gefehlt, es wurde mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln seitens des Zentrums versucht, dem Bürgermeister diese Erhöhung zu bewilligen.

Jch könnte diesbezüglich die Wohlfahrtspflege noch mehr beleuchten. Wenn in Neunkirchen ein erwerbsunfähiges Ehepaar bare 170 Franken erhält, so beweist dies, wir der Staat in der Wohlfahrtspflege arbeitet.

Es nutzt nichts, daß die Regierung sagt, das ist ein Rahmengesetz, welches alle anderen Gesetze nach sich ziehen muss. Was nützt uns das Organisieren, wenn die Regierung nicht die nötigen Mittel dazu bereit stellt.

(Zurufe: "Russland!")

Meine Herren, lassen Sie dieses Thema fallen. Die ökonomische Struktur Russlands hängt Jhnen so hoch, wie die Taktik des Papstes.

Wenn in den Kommissionssitzungen vom Dezernenten wiederholt erwähnt worden ist, daß er nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung habe, so kann sich die Arbeiterschaft nichts dafür kaufen. Wenn die Regierungskommission den rechten Willen hätte, etwas zu tun, wäre es unmöglich gewesen, daß Landjäger mit Pferden in eine Kriegsbeschädigten-Demonstration hineingeritten sind. Jst das die

<u>Wohlfahrt</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

Wohlfahrt, wenn die Eisenbahner für ihre berechtigten Forderungen demonstrieren und die Regierung sie dafür mit Polizeiknüppel bearbeiten lässt. Jst das die Wohlfahrt? Glaubt die Regierungskommission, daß derartige Vorkommnisse erledigt sind? Jch habe die Vorlage als eine Beruhigungspille tituliert und ich kann jetzt schon sagen, daß unsere Fraktion die Vorlage ablehnt. Es wird in der Vorlage nicht gesagt, wie geholfen werden soll. Es kann sich für das alles, was in der Vorlage steht, kein Tuberkuloser, kein Geschlechtskranker etwas kaufen. Dann noch etwas typisches, was in der Vorlage ist, der § 13 heißt:

" Das Mitglied der Regierungskommission, beauftragt mit den Angelegenheiten der Volkswohlfahrt, erlässt die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Ausführungsbestimmungen. "

Man will uns im Landesrat nicht langweilen und so gibt man einem einzelnen Beamten die Auslegung der gesamten Vorlage in die Hand. Es werden dann zu der Vorlage die Ausführungsbestimmungen erlassen und wie diese ausfallen, davon kann jeder ein Lied singen. Das beweist, daß die Regierungskommission kein Jnteresse daran hat, die Not und das Elend zu beseitigen. Meine Herren! Wie steht es mit den Forderungen der Kriegsbeschädigten? Alles ist eitel Heuchelei. Wir sind uns bewusst, daß erst dann eine Wohlfahrt eintreten kann, wenn nicht mehr die Arbeitgeber und die Bergwerksdirektion ein Gesetz auslegen, sondern, wenn die Arbeiterschaft das Gesetz bestimmt. Das Kapital hat kein Jnteresse daran, es kennt nur den Provit. Wir lehnen die Vorlage ab mit der Begründung, daß die Verordnung weder Fisch noch Fleisch ist und da der § 13 alles aufhebt, was in den vorhergehenden Paragraphen gesagt ist, desgleichen weil nicht gesagt wird, wie geholfen wird. Betreffs der Gesundheitsfürsorge stimmen wir mit den Richtlinien für Schwangere, Säuglinge usw. überein.

(Zuruf: "Also!")

Aber was nutzen die Richtlinien auf dem Papier, wenn die Regierung das dazu notwendige Geld nicht bereit stellt. Sie haben gesprochen von Russland. Das ist aber in Russland geregelt und zwar, daß eine schwangere Mutter acht Wochen vor und acht Wichen nach der Geburt nicht arbeiten darf. Sie hat die Hebamme umsonst, desgleichen die Säuglingswäsche. Das Kind erhält die ersten 2 Jahre die Milch umsonst. Versuchen Sie es mit Jhren christlichen Mitteln, die Regierungs-Kommission dazu zu zwingen, dies einzuführen. Gehen Sie dazu über, beschlagnahmen Sie Schlösser und Villen, machen Sie Säuglingsheime, Kinderhorte usw. Jn Russland hat man es auch gemacht.

Meine Herren! Was nützt es, wenn wir uns mit dieser Vorlage beschäftigen, wo die Wohnungsnot so groß ist und der Staat unfähig ist, eine Aenderung zu schaffen. Sogar hat man im Reich die Mietsteuer eingeführt. Es hat ein Redner vom Zentrum gesagt,-ich glaube, es war Herr Karius-, daß er auch für die Zinssteuer ist. Glauben Sie ja nicht, daß damit die Wohnungsnot beseitigt wird. Meine Herren! Zur Bekämpfung der Tuberkulose muss man in erster Linie die Wohnungsnot beheben.

Weiter wird die Krüppelfürsorge erwähnt. Wie die Krüppel versorgt werden, hat der Abgeordnete Hoffmann geschildert. Die Witwe eines Arbeiters, der seine Knochen

in

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

in Merlenbach gelassen hat, um den Unternehmer seinen Profit zu sichern, bekommt 83.50 Franken. Das ist der Dank, daß die Bergarbeiter wie immer gesagt wird, im Dienste des Volksganzen stehen. Von all den Beileidstelegrammen können sich alle diejenigen, die das Unglück betroffen hat, nichts kaufen.

Desgleichen ist es mit dem Unfallrentner, der alle Tage fast zum Arzt muß, um unter sucht zu werden, ob er nicht einige Prozent arbeitsfähiger geworden ist. Das ist doch keine Wohlfahrt.

Ich möchte noch auf die Mütterberatungsstellen hinweisen. Ich war mehrmals Zeuge und hatte schon durch Familienverhältnisse mit Mutterberatungsstellen zu tun. Es ist rührend, was die betreffenden Berater den Müttern, die mit ihren Kindern hinkommen, für Ratschläge geben. Man mag nicht alles erzählen. Von diesen Beratungen kann sich keine Mutter etwas für ihr Kind kaufen. Dies trifft aber in Rußland nicht zu. Dort besteht ein wirklicher Säuglingsschutz.

Ich kann, was der Herr Vorredner gesagt hat, nur unterstreichen. Wir fordern, daß die Regierungskommission den von uns aufgestellten Forderungen Rechnung trägt.

Während den Ausführungen übergibt der stellv. Vorsitzende das Präsidium dem Beisitzer Betz und verläßt mit den Fraktionsführern den Saal.

tzender Betz: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

ard)K.P.) Meine Herren ! Ich stelle die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest. Der Vorsitzende ist nicht da und läßt uns allein hier. Wir Kommunisten machen den Schwindel nicht mehr mit.

Die proletarische Weltrevolution lebe hoch, hoch, hoch.

Während den Ausführungen des Herrn Reinhard erscheint der stellv. Vorsitzende Herr Scheuer wieder im Saal , übernimmt das Präsidium und unterbricht die Sitzung auf 10 Minuten.

- P a u s e -

tzender: Im Einvernehmen mit den Fraktionsführern schließe ich die Sitzung.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.